das militanzorientierte magazin aus der flora
Nr.141 November/Dezember

zeck



Werte LeserInnenschaft...

Wieder ein Jahr rum, und dieses hatte es in sich! 3 große Durchsuchungswellen, etliche Ermittlungsverfahren wegen 129a und drei Genossen die nach wie vor in U-Haft sitzen. Daher beschäftigen wir uns in dieser Ausgabe schwerpunktmäßig mit dem Thema "Repression". Uns haben dazu verschiedene Texte erreicht die wir im Heft gebündelt haben. Mitte Dezember erwarten wir Euch dann alle bei der bundesweiten Demo gegen Repression hier in Hamburg! Bringen wir unsere Solidarität zum Ausdruck und zeigen wir das wir uns nicht unterkriegen lassen!

In Bezug auf die Berichterstattung über das "mg" Verfahren haben wir jedoch einige kritische Anmerkungen zu machen: Die Aufhebung des Haftbefehls gegen Andrej werten auch wir als Erfolg. Etwas bestürzt sind wir jedoch zum Teil über die Berichterstattung. Bei vielen Berichten taucht nicht auf, dass Oliver, Alex und Florian nach wie vor im Knast sitzen. Wir kritisieren eine Berichterstattung, die sich rein auf Andrej und seinen Status als promovierter Soziologe fokussiert und dabei die anderen drei Betroffenen vergisst. Genauso schwierig finden wir Beiträge die in "schuldige" und "unschuldige" Angeklagte unterteilen und genau darüber nur bestimmten Betroffenen ihre Solidarität ausspricht und den anderen verweigert. Wir haben keine Lust auf eine derartige Spaltung. Nichtsdestotrotz freuen wir uns selbstverständlich für Andrej aber das Engagement für die Freilassung der andern drei muss weitergehen!
In diesem Sinne: Angeklagt sind wenige, gemeint sind wir alle! Weg mit dem §129 a,b,c.

Eure Zeck

P.S.: Danke für die vielen Beiträge die uns erreicht haben. Weiter so! Und nicht vergessen: Stichtag für die nächste Ausgabe: 20. Dezember!

Inhaltsverzeichnis:

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä. möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. Disketten können nicht zurückgegeben werden. Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. “Zur-Habe-Nahme” ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!).
Eigendruck im Selbstverlag.

Einladung zur Flora-Vollversammlung Mi 14.11.07 / 19.30 Uhr / Rote Flora

Wir laden euch zur Flora-VV ein, da in letzter Zeit um die Flora herum einiges passsiert ist:

Seit einiger Zeit kommt es im gesamten Schanzenviertel wieder zu verstärkten Drogenkontrollen. Wie schon früher basieren die in der Regel auf rassistischen Konstrukten mit der Praxis von Platzverweisen und Ingewahrsamnahmen. Infolge dessen haben sich einige Betroffene auf das Gelände Flora hin zurückgezogen, was die Bullen jedoch nicht daran hinderte, sie auch von hier zu vertreiben.
Wir wollen darüber sprechen, was in letzter Zeit passiert ist und welche Interventionsmöglichkeiten es für uns gibt.

Im letzten halben Jahr ist auch die Flora bei diversen Anlässen verschiedenartigen Angriffen durch die Polizei ausgesetzt gewesen. Ob Hausdurchsuchung, Pfefferspray-Einsatz ins Haus hinein, Observation, das Blockieren des Seiteneingangs; sie werden immer dreister. Unsere Gegenwehr beschränkt sich auf minimale Reaktionen, findet kaum gemeinsamen Ausdruck.

Auf der anderen Seite finden nach Demos und während Partys vermehrt Auseinandersetzungen vor der Flora statt. Wir wollen darüber reden, inwieweit die Flora dabei ein Schutzraum sein kann und was für Konsequenzen für andere Nutzerinnen, Partygäste und die Beteiligten selbst entstehen können.

Dies soll kein internes Orgaplenum werden, sondern es soll darum gehen, politische Perspektiven zu entwickeln. Also kommt!!

Ein kleiner Leitfaden (nicht nur) zum 15.12.

In der näheren Vergangenheit ist es immer öfters vorgekommen dass vor, während oder nach Demonstrationen bestimmte, zu recht bestehende, "Umgangsformen" nicht beachtet wurden. Dieser Text soll keine Anklage oder Besserwisserei darstellen. Vielmehr hoffen wir auf eine fruchtbare Auseinandersetzung mit diversen Themen und Aktionsformen die unser aller Auftreten, unsere Effektivität und unsere Sicherheit hoffentlich positiv beeinflussen kann.

Besonders am 2. Juni in Rostock ist aufgefallen, dass offenbar viele Menschen in der Hitze des Augenblicks nicht an ihre Genoss_innen denken. Steinwürfe aus der 20. Reihe - ohne auch nur Blickkontakt mit dem Ziel zu haben - sind nicht nur ineffektiv, sondern gefährden auch Unbeteiligte und Aktivist_innen. Lieber eine Aktion weniger, als eine_n Verletze_n mehr auf unserer Seite. Natürlich ist jeder und jedem die Möglichkeit gegeben ihre/seine Aktionsform selber zu wählen, dennoch sollte allen bewusst sein, dass Militanz auch Gefahren birgt und mit diesen auch verantwortlich umgegangen werden muss.
Nicht alle Teilnehmer_innen einer Aktion sind bereit oder fühlen sich in der Lage militant zu agieren. Jegliche Form von Widerstand muss respektiert werden und darf nicht als "schützende Masse" missbraucht werden.
Das falsche Einschätzen einer Situation bringt nicht nur dich selber in Gefahr, sondern kann wie oben erwähnt auch andere betreffen. Aus diesem Grund haben Alkohol und Drogen auf Demos NICHTS verloren. Macht das euch und auch allen anderen klar!
Ein weiteres leidiges Thema sind die guten alten "Ketten". Klar bedeutet in Ketten zu laufen eine Einschränkung der persönlichen Beweglichkeit, andererseits ist diese Bewegungsfreiheit in einem Wanderkessel objektiv nicht vorhanden. Die Sicherheit hingegen steigt enorm. Das gezielte Herausgreifen einzelner Personen, das Eindringen von Bullen in die Demo und das Zerschlagen von Blöcken wird um ein Vielfaches erschwert und ist bei konsequentem Auftreten nur sehr schwer zu erreichen. Außerdem vermittelt ein geschlossener, großer Block Stärke und Entschlossenheit. Nebenbei sieht es auch einfach verdammt geil aus! Na kommt, ein bisschen eitel sind wir doch alle.

Aus dem Lauti schallte es: "Wir erklären diese Demonstration hiermit offiziell für beendet" und alle gingen friedlich ihrer Wege und nach Hause…
Irgendwas stimmt hier doch nicht!?
Immer öfters kommt es vor, dass wenn Demonstrationen von den Anmelder_innen aufgelöst werden sie damit auch tatsächlich zu Ende sind. Ein gutes Beispiel ist die ASEM Demo dieses Jahr in Hamburg. An dem Punkt der Route der dem Tagungsort im Rathaus am nächsten war, wurde "aufgelöst", offiziell weil die Schikanen der Repressionsorgane nicht weiter tolerierbar waren. Dies mag so auch stimmen, Ort und Zeit waren jedoch nicht zufällig gewählt.

Die offizielle Auflösung einer Demonstration entbindet die Demonstrationsleitung von der Haftung für alles was ab da passieren könnte.

Eine Auflösung ist an sich nur die Fortsetzung der Demo unter anderen Bedingungen, bleibt also wachsam, haltet die Augen offen und wie immer, bildet Banden und seid kreativ!

Ab sofort gibt es eine FREEBOX!

Die Idee einer Freebox gibt es spätestens seit dem Convergence Center im Mai und Juni dieses Jahres. Jetzt ist es soweit: ein geeigneter Platz wurde gefunden, die Klamotten sortiert…
Somit haben wir alle die Möglichkeit, unsere alten Sachen sinnvoll los zu werden aber auch neue zu bekommen.
Wir sehen das System der Freebox als eine Alternative zu:
Der "Entsorgung" von Klamotten, die mensch selbst nicht mehr haben will…der Gang zum Altkleidercontainer ist ebenfalls eher eine schlecht Alternative, wenn es einem nicht egal ist, was danach mit den Sachen passiert. Und alles nehmen einem selbst die besten Freunde und Freundinnen nicht ab..
Der Neubeschaffung von Klamotten, ein Akt, der hier nicht besprochen werden soll, aber jeder Mensch weiß, wie schwierig es ist, Klamotten auf nettem (und vor allem erschwinglichen) Wege zu bekommen.
Unser aller Aufgabe ist es nun, diese Freebox zu pflegen, sie aufzuräumen und sauber zu halten. Wir wollen mit dieser Freebox eine Alternative schaffen, das funktioniert aber nur, wenn sich auch alle mit darum kümmern, die diese Alternative nutzen wollen.
Also bringt eure alten Klamotten (und sortiert sie ein) und nehmt euch neue mit…
Die Freebox soll auch keine "Verkleidungskiste" werden, also macht entweder eine auf oder lasst alte Unterbüchsen, BHs und Ganzkörperpalliettenhüllen woanders, egal, wie lustig sie aussehen. Und achtet bitte auch bei Schuhen darauf, ob sie wirklich noch weiter gegeben werden sollen (denkt an eure Füße).
Bis jetzt haben wir auch schon eine Miniecke mit Kinderklamotten, die gerne noch erweitert werden soll.

Also, viel Spaß mit der Box
WIR.

[Die Zeckredaktion rät, wo die Freebox zu finden ist: Flora vielleicht?]

Genua: 16 Jahre Haft
Die italienische Staatsanwaltschaft leistet sich den Hammer: Während klar ist, dass die wegen ihres Exzesses an der Repression 2001 angeklagten Polizeikräfte aufgrund Verjährung starffrei ausgehen werden, sollen ProtestteilnehmerInnen zum Teil für 16! Jahre ins Gefängnis...
Die Perversion von Genua scheint niemals mehr aufzuhören...
Gegen 25 TeilnehmerInnen an den Protesten gegen den G8-Gipfel in Genua 2001 sollen Strafen verhängt werden, die sonst nur bei schweren Verbrechen spruchreif werden:
Für den Aktivisten, der mit einer Holzlatte auf den Jeep der Carabiniere losgegangen war, aus dem heraus dann Mario Palcancia (gegen den das Verfahren eingestellt wurde!) Carlos Giuliani erschossen hat, beantragte die Staatsanwalt anfangs dieser Woche 6 Jahre Haft.
Gegen eine 41 Jährige, die dem "Black-Block" zugeordnet wird und die offenbar auf Videos oder Photos zu sehen ist, wie sie einen Molotowcocktail auf das Gefängnis von Genua wirft, sollen 16 Jahre Gefängnis verhängt werden. Irgendwer, der/die aus einem Supermarkt 1 Kilo Nudeln entwendet hatte, soll ebenfalls 6 Jahre der Freiheit beraubt werden. Die Farce die bei dieser angeblichen Gerechtigkeitsfindung abläuft, dreht einem den Magen um. Da krönt sich die italienische Justiz mit vermeintlich strenger Verurteilung der "Gewaltexzesse" der polizeilichen Einsatzkräfte von damals (wie etwa bei der Prügelorgie in der Diaz-Schule), obwohl klar ist, dass die Handlanger des Staatsterrors nicht nur wegen Verjährung straffrei ausgehen werden, sondern sie wurden in dem meisten Fällen auch noch befördert.
Die Protestierenden hingegen werden nicht in den Genuss einer Verjährung kommen, denn der Anklagepunkt Landfriedensbruch besteht für immer.

....

Doku: Farbaktion gegen Mövenpig
Nach 2 3/4-jähriger Besatzung verließen vor knapp drei Wochen die uniformierten Schergen den Schanzenpark und überließen der privaten Security (WISAG) von Mövenpig das Feld.
Doch diese wirkt in verschiedenen Situationen überfordert und hilflos und ersucht schnell die Bullen um "Amtshilfe", die sie dann auch bekommen.
Nun flogen diverse Farbbehälter an das Hotel; zwar wurden die Fensterscheiben schnell gereinigt, doch die Fassade sieht an etlichen Stellen ramponiert aus .
Dieses konnte nicht verhindert werden und sollte u.a. auch Mövenpig deutlich machen, dass sie weiterhin mit Widerstand rechnen müssen!

KEINE PRIVATISIERUNG ÖFFENTLICHER RÄUME !!!
MÖVENPIG IN DIE PLEITE TREIBEN !!!

....

Misshandlungen im Hamburger Schanzenviertel
Unmittelbar vor dem Schanzenviertelfest am kommenden Samstag, nehmen Misshandlungen im Schanzenviertel zu. Besondere Aufmerksamkeit verdient der Fall eines 31 jährigen Verdi Mitgliedes, das am 16.9. gegen 2 Uhr von der Straße mitgenommen und in die nahegelegene Lerchenwache verbracht wurde. Zwei Beamte misshandelten den 31 jährigen auf der Wache mit Pfefferspray und körperlichen Angriffen.
Gleichzeitig simulierten Sie eine Widerstandshandlung, indem sie überraschend riefen "Jetzt hören Sie endlich auf". Der Angegriffene musste anschließend ärztlich behandelt werden. Vorgeworfen wird ihm ein konstruierter Steinwurf auf Beamte. Dieser Fall bildet die Spitze des Eisberges von weiteren Über- und Angriffen der Polizei. Das Freie Netzwerk zum Erhalt des Schanzenparks berichtete Mitte dieser Woche von wiederholten und systematischen Angriffen auf Personen im Schanzenpark.
Die Misshandlungen und Folterszenarien bei Befragungen auf Hamburger Polizeiwachen sind nur die konsequente Fort- und Umsetzung der Schäuble Vorstöße zur Verschärfung der Gesetze und repressiven Maßnahmenkataloge. Kein Zufall auch das gerade der Hamburger Innensenator Nagel vollmundig angekündigt hat als erster online Durchsuchungen durchführen zu wollen. Bei soviel Engagement im Sinne des Sicherheitsstaates sind die jüngsten Misshandlungen, vermutlich lediglich ein inoffizielles Pilotprojekt "härtere" Verhörmethoden zu testen. Dabei hat die Innenbehörde eigentlich noch reichlich Erfahrung.

Anfang der Neunziger hatte die Polizeigewalt im Schanzenviertel, der Davidwache und St. Georg dermaßen zugenommen, dass sich sogar Amnesty International bemüht sah, darauf hinzuweisen das keine rechtsstaatlichen Maßstäbe mehr vorhanden sind und die Praxis der Sicherheitsorgane an das Vorgehen diktatorischer Staaten erinnere. Durch öffentlichen Druck, folgte der Hamburger Polizeiskandal, der zur Einführung verschiedener Kontrollorgane führte. Nach dem Wahlgewinn von Ole von Beust wurden diese wieder weitgehend abgeschafft. Dieses Signal wurde von den Beamten Offensichtlich verstanden. Nach der Auflösung der berüchtigten E-Schicht folgte die Einführung der P-Schicht. Neuer Name ähnliches Prinzip. Milieunahe Beamte rücken AnwohnerInnen auf die Pelle und kontrollieren Alltagssituationen von politisch Aktiven. Diese polizeiliche Praxis und Machtfülle öffnet einem Missbrauch der repressiven Möglichkeiten Tür und Tor.

Es ist notwendig die zunehmende Überwachung und Repression immer wieder zu kritisieren und nicht als Normalität hinzunehmen









Bundesweite Demonstration 15.12.2007 Hamburg

UNSERE SOLIDARITÄT GEGEN IHRE REPRESSION

GEGEN DEN KAPITALISTISCHEN NORMALZUSTAND

Nach einer Phase relativer und vermeintlicher Ruhe hat es in den letzten Monaten drei norddeutschland- bzw. bundesweite Durchsuchungen der Bundesanwaltschaft auf Grundlage des §129a StGB (Bildung einer terroristischen Vereinigung) gegen linke AktivistInnen und Strukturen gegeben. Am 9. Mai 2007 waren 40 Objekte und insgesamt 18 Beschuldigte und sogenannte "Zeugen" im Zusammenhang mit der Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm von einer Durchsuchungswelle betroffen. Sie sollen nach Ansicht der Bundesanwaltschaft eine terroristische Vereinigung mit dem Zweck der Durchführung einer militanten Kampagne gegen den G8-Gipfel gebildet haben. Vier Wochen später, am 13. Juni, kam es zu einer weiteren Durchsuchungsaktion auf Grundlage des §129a gegen Personen aus Bad Oldesloe, Hamburg und Berlin. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, an antimilitaristischen Anschlägen beteiligt gewesen zu sein. Zuletzt wurden am 31. Juli vier Personen wegen der angeblichen Mitgliedschaft in der "mg" (Militanten Gruppe) in Berlin festgenommen. Nur bei einem der Beschuldigten wurde nicht zuletzt aufgrund des großen öffentlichen Druckes der Haftbefehl zumindest vorübergehend außer Vollzug gesetzt. Die drei anderen Personen sitzen nach wie vor unter Sonderhaftbedingungen im Knast.

"Wir haben in den Busch geschosssen, nun sehen wir weiter, was und wer sich dort bewegt"
(Zitat eines Ermittlers im Zusammenhang mit den Hausdurchsuchungen vom 9. Mai 2007)

Obwohl sich die Verfahren gegen unterschiedliche politische Zusammenhänge richten, macht die Willkürlichkeit der Ermittlungen deutlich, dass es der Staatsmacht um ein zusammenhängendes Ziel geht: die Durchleuchtung und Kriminalisierung linker Strukturen, mit dem Ziel sie zu zerschlagen. Aus dem immensen Umfang der durchgeführten Überwachungs- und Durchsuchungsmaßnahmen resultiert die totale Offenlegung der Privatsphäre der Beschuldigten gegenüber staatlichen Behörden, aber auch gegenüber Mitbeschuldigten, ZeugInnen und AnwältInnen. Die ersatzweise Beschaffung beschlagnahmten Eigentums und die notwendige Inanspruchnahme anwaltlicher Unterstützung bringen zudem enorme finanzielle Belastungen mit sich. Auf diese Weise wird versucht, die Betroffenen zu Stillstand und Passivität zu zwingen. Obwohl 95% der §129a-Verfahren vorzeitig eingestellt werden, führt die staatliche Repression dennoch dazu, dass die Beschuldigten und ihr politisches Umfeld von ihrem eigentlichen Vorhaben abgehalten werden: die Revolution zu machen…!

Das kann ja heiter werden…

Seit Jahren wird der Ausbau des Überwachungsapparates unter Nutzung immer neuer technischer Möglichkeiten weiter vorangetrieben. Einige Schlagwörter hierbei sind: Online-Überwachung, Vorratsdatenspeicherung, die Nutzung des Mautsystems zur Anlegung von Datenbanken oder die Speicherung biometrischer Daten auf Ausweisdokumenten. Zur allgemeinen Sicherheitsdebatte gehört auch der Einsatz der Bundeswehr im Inneren, die Diskussionen um den Abschuss ziviler Flugzeuge und um die gezielte Tötung sogenannter "Terroristen". Begleitet werden diese Entwicklungen von einer erheblichen Ausweitung polizeilicher Befugnisse und einer Aufhebung der Trennung zwischen Geheimdiensten und Polizei, so basieren polizeiliche Ermittlungen heute zunehmend auf Erkenntnissen des Verfassungsschutzes. Die Lehren aus dem Nationalsozialismus, auf die sich die Trennung dieser Behörden einst bezogen, spielen keine Rolle mehr.

Als Legitimierung für den Ausbau des sogenannten "Präventivstaates" und den Abbau bürgerlicher Rechte wird eine ständige Bedrohung konstruiert. Eine Politik mit der Angst vor dem Terror, u.a. inszeniert durch reißerische Medienkampagnen, in denen das Ausmaß der Bedrohung in immer



neuen Superlativen präsentiert wird, soll den Nährboden für eine bereitwillige Abänderung der Grundrechte mit sich bringen.

Woher diese Angst?
Der Ausbau des modernen Sicherheitsstaates ist die Reaktion auf eine weltweite Zuspitzung sozialer Konflikte. Angefacht durch die erzwungene Öffnung von wenig entwickelten Märkten durch und für die führenden Industrienationen, treibt ein wachsender Konkurrenzdruck Menschen in noch größere Armut. Während regionale Verteilungskonflikte eskalieren, gibt es immer mehr Menschen, die in den Ländern der Verursacher Zuflucht suchen. Deutschland erlangt im Rahmen seiner EU-Politik im Kampf um Märkte und Ressourcen gleichzeitig eine geoplitische Machtausweitung. Aber auch im Inneren spitzt sich die Verteilungsungerechtigkeit zu: Der Kapitalismus ist durch die zunehmende ökonomische Konkurrenz nicht mehr gewillt, eine minimale Gewinnbeteiligung der Lohnabhängigen aufrecht zu erhalten. Die sozialen Komponenten des bürgerlichen Staates werden vielmehr gegen die Leitgedanken einer offensichtlich autoritären Formierung ausgetauscht, deren Inhalte von der Gesellschaft weitreichend bereitwillig akzeptiert und verinnerlicht werden.

Eine ideologische Kriminalitätsprävention ist ein elementarer Bestandteil dieser Formierung. So wurde mit Beginn der 90er Jahre eine Debatte um polizeiliche "zero-tolerance"-Konzepte initiiert, die vermeintliches oder tatsächliches sozial abweichendes Verhalten zur Ursache für zunehmende Kriminalität behauptete. Folgerichtig wurden auf kommunaler Ebene Sicherheits- und Sauberkeitsprogramme aufgelegt, mit denen u.a. Graffiti-Sprayer oder Obdachlose stigmatisiert und kriminalisiert wurden. Stadtentwicklungspolitische Ansätze orientieren sich an dem Gedanken, innerstädtische Bereiche als zu befriedenden Kern der Metropolen durch gezielte Maßnahmen so anzupassen, dass Menschen, die nicht in das Muster des "einwandfreien" Bürgers passen, in die urbane Peripherie abgedrängt werden.

We want the whole bakery!
Die derzeitige Zuspitzung der sozialen Verhältnisse ist keine Krise des Kapitalismus, sondern das, was ihn ausmacht; sie ist dem System immanent. Dementsprechend dient die Hochrüstung des staatlichen Sicherheitsapparates neben einer generellen Aufstandsprävention vor allem der Aufrechterhaltung und Absicherung der ökonomischen Machtverhältnisse. Die staatliche Repression ist somit ein sichernder Pfeiler des Kapitalismus. Der Schlag gegen die Linke dient der Kriminalisierung einer Bewegung, die die skizzierte Entwicklung entschieden ablehnt und bekämpft. Doch nicht der Grad tatsächlicher oder vermeintlicher "Gefahr" von links bestimmt staatlich repressives Handeln, sondern die Tatsache, dass überhaupt linke Widerstandsstrukturen existieren, ist für die Repressionsorgane Grund, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln anzugreifen.

Wir sind nicht gekommen, um uns zu beschweren. Denn wo immer Menschen die herrschenden Verhältnisse bekämpfen, wird staatliche Repression die Antwort sein.
Wir wollen die Verhältnisse, die den kapitalistischen Normalzustand immer wieder aufs Neue bedingen, überwinden. Wir betrachten den Kapitalismus mit seinem Prinzip der totalen Ökonomisierung der Lebenswelt als menschenfeindlich - als unseren Feind. Unsere Utopie ist die einer menschlichen und solidarischen Gesellschaft und die der Freiheit aller Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung. Unsere Perspektive ist die von emanzipatorischen, politischen und sozialen Bewegungen, lokal und global, die solidarisch und kollektiv die kapitalistischen Bedingungen konsequent ablehnen und ihnen Widerstand entgegen setzen. Genauso wie unser Kampf um Befreiung kollektiv und solidarisch geführt werden muss, muss auch unser Umgang mit staatlicher Repression sein. Nur gemeinsam werden wir Angriffe auf die radikale Linke beantworten und zurückschlagen können.

Die Demonstration am 15.12. in Hamburg soll zeigen, dass das staatliche Kalkül von Kriminalisierung, von Einschüchterung und Spaltung scheitern wird. Kommt zur Demonstration gegen Repression und Sicherheitsstaat! Zeigen wir ihnen auch auf der Strasse, dass wir die Verhältnisse zum Tanzen bringen können!

Axel, Florian und Oliver müssen raus! Sofortige Einstellung aller Verfahren!
Freiheit für unsere gefangenen Genossinnen und Genossen!
Für die soziale Revolution weltweit!

Demobündnis Hamburg





15.12.2007 bundesweite Demo und Interventionsraum

***Out of Control ist global.** Im bundesweiten Trend eines ungebremsten Sicherheitsdiskurses, hat sich Hamburg zu einer Hochburg autoritärer Formierung und sich polizeilicher Aufrüstung entwickelt. Das bundesweite Konstrukt gegen die militante Kampagne im Vorfeld des G8 hatte ebenso einen Focus in dieser Stadt, wie das Konzept der totalitären Einkesselung von Demonstrationen. Die Bilder vom sechsreihigen Polizeispalier während der Demo gegen den ASEM-Gipfel gingen um die Welt. Sie waren als Symbol gedacht und trugen eine repressive Botschaft: Zugunsten der staatlichen Ordnung und inneren Sicherheit werden ohne zu zögern rechtliche Minimalstandards außer Kraft gesetzt. Protest ist legitim wird allerorten beschworen, gleichzeitig aber auch unmissverständlich deutlich gemacht, dies ist nur der Fall, solange er den Ablauf des Protokolls nicht stört und wir uns an die Spielregeln halten. Diese Botschaft und die Abschaffung von rechtlichen Minimalstandards zugunsten staatlicher Kontrolle ist kein lokaler, sondern ein globaler Prozess der Aufrechterhaltung von bestehenden Herrschaftsordnungen. Der Widerstand gegen staatliche Repression und Obrigkeitsdenken ist weltweit der Ausgangspunkt und Beginn von emanzipatorischer Veränderung überhaupt. Und wir haben eine Menge zu verändern. Zuallererst die Regeln des Spiels!

***Out of Control ist Solidarität.** Wir gehen auf die Straße, weil FreundInnen von uns im Knast sitzen, weil wir SymphatisantInnen sind, weil wir abgehört und überwacht werden. Wir fordern die Freiheit der Inhaftierten aus dem linken Widerstand. Die Abschaffung des §129a und noch so eine Menge mehr. Wir wissen, Freiheit entsteht als kämpfende Bewegung. Im Streit untereinander und oft auch in notwendigen Brüchen. Mehr noch als alles andere aber im Bewusstsein einer kritischen Solidarität, die eigene Rollen hinterfragt und subjektive Wirklichkeiten in einer Welt der objektivierenden Normierung zulässt. Es gibt keine gemeinsame Linke, keine gemeinsame Vorstellung und Utopie. Es gibt uns aber als jene unzufriedenen Frustrierten, lustbetonten EinzelgängerInnen, streitlustigen Kollektive und eigenbrötlerischen Wahlverwandschaften, die sich immer wieder an Orten des Widerspruchs zusammenfinden. Unsere temporäre Gemeinsamkeit steht im Gegensatz zum Bestehenden. Wir wollen keine Reformen. Wenn schon dann echtes Aufbegehren. Wir wollen alles: Anders!

***Out of Control ist Ausbruchsstimmung.** Wir wollen mit dieser bundesweit angelegten Mobilisierung nach Hamburg die Praxis der Spaliere, Auflagen und Wanderkessel durchbrechen. Nicht mit dem Kopf gegen die Wand sondern überall sein, uns zusammenfinden und ebenso schnell zerstreuen. Wir sind immer dort, wo die Bullen mit dem Rücken zu uns stehen. Immer außerhalb von Kesseln und Einschließungen, immer am Rande der restlichen, gleichzeitig weiterlaufenden Demonstration. Immer in Kontakt und Rufweite. Immer versucht, mehr zu werden und Eigendynamik zu entwickeln. Dieses Konzept lebt davon, dass wir mit den Freiräumen, die wir uns aneignen auch etwas anfangen. Wir haben einiges dazu im Kopf, aber wir sind uns ganz sicher, dass euch auch selber eine Menge und manches Überraschende dazu einfällt.

***Out of Control ist Bewegung.** Ein Signalfeuer gegen Sicherheitswahn und den Überwachungsstaat. Wenn wir auf der Demo gehen, dann in Ketten. Wenn wir uns zerstreuen, dann flüchtig wie fünf Finger, um uns hinter Spalieren und Sperren wieder zu treffen. Die erste Regel lautet: Wir lassen uns nicht erwischen! Erfolg haben wir, wenn es uns gelingt genügend Schwerkraft zu entwickeln, immer wieder laut und aktiv zusammen zu finden. *Out of Control ist dabei nicht beliebig sondern konsequent. Geht am Anfang nicht alle in der Demo. Geht am Rand drumrum, vornweg oder hinterher. Seid dabei aktiv. Ihr alle seid die Demo. Achtet immer darauf, dass ein Teil von uns auch die Demo kraftvoll aufrechterhält.

***Out of Control ist keine normale Demonstration.** Es ist neu und auf deine Teilnahme angewiesen. Es lebt von unserer Beweglichkeit und unserem Chaos, unserer Geschlossenheit und Entschlossenheit. Es wird zum Trend des Jahres oder der Flop des Jahrhunderts. Seid mit dabei. Unterstützt dieses Konzept. Bildet Gruppen, überlegt euch was und organisiert die völlige Dekonstruktion der polizeilichen Begleitung. Greift eure liebsten Gewohnheiten auf, macht was Neues draus, macht alles anders und seid Teil einer spektakulären Form von unkontrollierbarem Protest.

Laßt euch nicht erwischen!
Gegen Repression, Überwachungsstaat und §129a!
Für autonome Bewegungen und linksradikale Praxis!

AK Out of Control

Infos:
www.regierung-stuerzen.de
Kontakt: wageninfo@gmx.de

Don`t let the system get you down !

Zum aktuellen Stand der zweiten Durchsuchungswelle der § 129a Verfahren.

Wie die Meisten von euch sicherlich noch wissen durchsuchte das LKA Schleswig - Holstein am 13. Juni dieses Jahres, mit Unterstützung des LKA Hamburg und der Bundesanwaltschaft, acht Wohnungen von neun Beschuldigten, sowie vier Elternhäuser und das linke Projekt "Inihaus" in Bad Oldesloe und Hamburg. Am 19. Juni folgten drei weitere Durchsuchungen gegen zwei Beschuldigte in Berlin. Dabei drangen vermummte SEK Kräfte mit Maschinenpistolen in die Wohnungen der Betroffenen ein, während Scharfschützen die Nachbarschaft einschüchterten. Ein Vorgehen das weniger mit der vermuteten Gefährlichkeit der Beschuldigten zu erklären ist als vielmehr mit dem politischen Willen der Einschüchterung und Kriminalisierung der Betroffenen. Im Rahmen der Durchsuchungen



wurden umfangreiche Unterlagen und private Gegenstände sichergestellt. Des Weiteren wurden alle Handys und Computer, sowie alle weiteren Datenträger beschlagnahmt.
Vorgeworfen wird den elf Genoss_innen eine Reihe von Brandstiftungen gegen Objekte von Rüstungszulieferern und der Bundeswehr in den Jahren 2002, 2004 und 2006.
Übrigens die teilweise gleichen Aktionen die den Beschuldigten vom 9. Mai vorgeworfen werden. Die Zuordnung der vorgeworfen Taten erscheint somit völlig wahllos und daher konstruiert.
Der bislang erstellte Überblick zu den Ermittlungen zeigt einen teilweise erschrekkenden Umfang der Überwachung und Ausforschung, welchem auch viele Menschen aus dem persönlichen Umfeld zum Teil über ein Jahr ausgesetzt waren und sind. Telefone, nicht nur der Beschuldigten, wurden abgehört, e-mails und Internetzugänge wurden kontrolliert, Bewegung anhand von Peilsender und Handyortung aufgezeichnet, nicht zu sprechen von direkten Observationen zu beinahe allen Tages- und Nachtzeiten.
Doch damit nicht genug: Am 25. Juli kam es zusätzlich zu einer Zeug_innenvorladung der Bundesanwaltschaft beim LKA Kiel in Zusammenhang mit dem §129a Verfahren. Die geladene Genossin verweigerte in Absprache mit ihrem Anwalt die Aussage nach §55 (persönliche Gefährdung durch Selbstbelastung) worauf die Bundesanwaltschaft ankündigte die Zulässigkeit dessen zu überprüfen.

Sollte die Aussageverweigerung so nicht anerkannt werden, droht eine weitere Vorladung der Bundesanwaltschaft, dann aber nach Karlsruhe, sowie Zwangsmaßnahmen in Form von Geldstrafen und unter Umständen auch Beugehaft bis zu einem halben Jahr. Fest steht, dass unsere Genossin in jedem Fall die Aussage verweigern wird, da sie jede Zusammenarbeit mit den Organen dieses Staates ablehnt!

Aber was ist passiert?

Im Februar 2002 wurde ein Brandanschlag auf ein Bundeswehrfahrzeug in der Nähe von Bad Oldesloe verübt. Im März 2004 ereigneten sich Brandanschläge auf Bundeswehrfahrzeuge und Rüstungszulieferer in Bad Oldesloe und Berlin. Im Juni, diesmal im Jahr 2006, fand ein Brandanschlag auf eine Firma für Schweißtechnik, der nachgesagt wurde sich an ausbeuterischen Unternehmungen im Sudan zu beteiligen statt. Bei den Anschlägen entstand jeweils Sachschaden, verletzt wurde niemand und Menschenleben waren zu keiner Zeit in Gefahr.
Eine Sonderermittlungsgruppe des LKA Schleswig-Holstein, nahm daraufhin die Ermittlungen auf. Die Ermittler_innen des LKA prüften nun, welche Handys in der Tatnacht in Bad Oldesloe eingeloggt waren. Ins Visier gerieten schnell zwei Bad Oldesloer Antifaschist_innen. Ihr Vergehen bestand darin, dass sie durch ihr antifaschistisches Engagement polizeibekannt waren und in der Tatnacht ihr Handy eingeschaltet hatten.
Den Bullen ist also weder der Inhalt der Gespräche noch der tatsächliche Standort der Gesprächsteilnehmer_innen bekannt. Es haben zwei Personen in ihrem Wohnort miteinander telefoniert und das ist Aufhänger der Ermittlungen!
Ebenso so schnell wurden von Seiten des Bundesinnenministeriums, die Anschläge, aufgrund angeblicher Übereinstimungen in den Bekennerschreiben, einer einzelnen Gruppe zugeordnet. Für ein Konstrukt über eine terroristische Vereinigung im Rahmen des Paragrafen 129a reichte dies allerdings noch nicht. Das BKA brauchte für diesen Weg mehr Personen, die sie den Beschuldigten als Mittäter_innen zuordnen konnten.
Bis Mitte Juni 2007 wurde der Personenkreis bis auf elf aufgestockt.
Dies legitimierte das BKA dadurch, dass Einzelpersonen sich persönlich kennen und in der linken Szene verkehren. Außerdem wird den Betroffen vorgeworfen konspirativ zu kommunizieren, wobei es hierfür schon genügte nicht über Straftaten am Telefon zu sprechen. Der Widerspruch dieser Argumentation wird schnell deutlich. Einerseits wird den Betroffenen vorgeworfen in der Tatnacht miteinander telefoniert zu haben, andererseits wird ihnen konspiratives Verhalten unterstellt. Weiterhin wird die antifaschistische Tätigkeit der Beschuldigten so umgedeutet, dass dieses nur zur Tarnung für eigentliche terroristischen Aktivitäten dienen würde.
Zusätzlich wurde im Nachhinein auch noch eine Überwachungspanne anlässlich einer Konferenz von Gipfelgegner_innen im November 2006, bei der alle polizeilichen Abhörregister gezogen wurden, so interpretiert, dass es ins Konstrukt passte. Aus der Tatsache heraus, dass sich keiner der Beschuldigen an der Konferenz beteiligt hatte, zogen die Ermittler_innen den Schluss, dass sie demonstrativ fernblieben, um terroristische Aktivitäten gegen den kommenden G8-Gipfel zu planen. Nur folgerichtig, holten Bundesanwaltschaft, BKA und die zuständigen LKA´s zum Schlag aus. Zwei Wochen nachdem G8-Gipfel wurden in Hamburg, Bad Oldesloe und Berlin ungefähr zwanzig Wohnungen, Arbeitstellen und linke Projekte durchsucht.

Einige Worte zu den Betroffenen

Es liegt nahe sich aus dem Wortlaut des §129a unter einer terroristischen Vereinigung eine feste, in sich geschlossene

Gruppe vorzustellen. Aber in der Praxis sieht die Welt natürlich anders aus. Die Betroffenen sind zum Teil recht wahllos zusammengewürfelt. Die Einen verbindet der gemeinsame Wohnort, andere haben freundschaftliche Bindungen.
Einige kommen aus der antifaschistischen oder autonomen Bewegung, weitere Personen haben sich seit Jahren aus der politischen Arbeit zurückgezogen.
Trotzdem stehen die Betroffenen gleichermaßen den Konsequenzen eines solchen §129a Verfahrens gegenüber - sei es durch den sozialen Druck sich vor Nachbar_innen, Eltern und Arbeitgeber_innen zu rechtfertigen, oder durch den materiellen Verlust von beschlagnahmten Gegenständen.
Erfreulich ist in diesem Zusammenhang das Verhalten einiger Bad Oldesloer Eltern und Bürger_innen die sich sehr deutlich auf der Seite der Betroffenen und des durchsuchten "Inihaus" positionieren. Gerade dieses Verhalten hilft dem sozialen Stigma der "Terrorist_innen", dessen Bedeutung in einer Kleinstadt sicherlich größer als in Hamburg oder Berlin ist, entgegen zu wirken.
Denn auch dieses vermeintliche Stigma ist Teil der Repression, oder wie lässt es sich sonst erklären, dass es die Bullen für nötig befinden eine ganze Woche lang immer wieder vor einem Elternhaus aufzukreuzen um Stück für Stück das beschlagnahmte Eigentum zurück zu bringen.
Da im Zuge der Durchsuchungen wie gesagt Computer, Telefone sowie Datenträger beschlagnahmt wurden, litten anfangs natürlich auch Teile der Kommunikations- und Recherchestrukturen der antifaschistischen Szene. Das Ziel der Repressionsinstanzen Kräfte zu binden und politisches Engagement zu verhindern ging allerdings nur teilweise auf. Eine der ersten Aufgaben der sich die Soliarbeit widmete war die schnelle Regeneration und das wieder ermöglichen der politischen Arbeit der betroffenen Recherchestrukturen, z.B. durch das umgehende Ersetzen von Computern.
Des Weiteren ließen sich auch die Betroffenen selbst, sowie ihr persönliches und politisches Umfeld, nicht von der Repression einschüchtern, sondern setzen ihre politische Arbeit in allen Bereichen fort. Und das ist auch der Punkt den wir hervorheben wollen.
Es geht nicht darum ab jetzt in Paranoia zu verfallen und den Verfassungsschutz an jeder Ecke zu vermuten. Natürlich ist es wichtig auf unsere Sicherheit zu achten, natürlich hat Politik nix am Telefon zu suchen, natürlich ist es sinnvoll Emails zu verschlüsseln und natürlich ist jedes Zusammenarbeiten mit den Repressionsorganen abzulehnen.
Aber das alles wird uns nicht davor schützen in den zweifelhaften Genuss einer politischen Verfolgung zu geraten.

Für viel wichtiger halten wir es wie die Szene auf solche Angriffe reagieren kann und was wir tun können um die Auswirkung auf die Betroffenen zu begrenzen.
Wir wünschen uns, dass den Betroffenen der Rücken gestärkt wird, unabhängig von politischen Unterschieden und Differenzen.
Wir wünschen uns eine konstruktive Auseinandersetzung mit Repression und ihren Folgen innerhalb bestehender Strukturen.
Wir wünschen, uns in unser aller Interesse, das wir einen offensiven, kämpferischen Umgang finden der dazu führt dass wir von Betroffenen zu Handelnden werden.

An dieser Stelle wollen wir uns bei allen bedanken die uns bisher unterstützt haben, sei es ideell, praktisch oder finanziell.

Für die Einstellung aller Verfahren!
gegen den kapitalistischen Normalzustand!
Freiheit für Oliver, Florian und Axel!

Gemeinsames Spendenkonto für die Verfahren vom 9. Mai und 13. Juni
Rote Hilfe e.V.
Kto. Nr.: 191 100 462
BLZ: 440 100 46
Postbank Dortmund
Stichwort: Razzien 2007

Mehr Infos:
soligruppenord.blogsport.de und
soligruppe.blogsport.de

Broschüre Repression und Widerstand

Seit Frühjahr 2007 ist die Antirepressionsbroschüre "Repression und Widerstand" auf dem Markt. Ursprünglich als erweiterter Reader einer Veranstaltungsreihe im Zusammenhang der Kriminalisierung des Widerstands gegen das Hotelprojekt im Wasserturm im Hamburger Schanzenpark entstanden, haben die aktuellen Ereignisse der bundesweiten §129a-Durchsuchungen des letzten halben Jahres der Broschüre unerwartete Aktualität beschert.
Eingeleitet wir die Textsammlung durch eine grundsätzliche Einschätzung zur staatlichen autoritären Formierung und des entsprechenden Ausbaus der Repressionsapparate. Nach Lektüre der verschiedenen Beiträge kann man nun wissen, mit welchen technischen Mitteln Handy-Ortung, E-Mail- und Telefon-Überwachung bzw. der Lauschangriff auf Seiten von Polizei und Verfassungsschutz betrieben werden. Polizeiliche Methoden der Raster- und Personenfahndung sind ebenso wenig kein Geheimnis mehr, wie konkrete taktische Maßnahmen von BFE-Einheiten sowie MEK bzw. SEK.
Fast noch wichtiger sind grundlegende Texte zu Inhalten und Fragen der Solidaritätsarbeit von Prozess- und UnterstützerInnengruppen sowie der Gestaltung einer politischen Prozessstrategie im Falle einer Anklage und einer Verhandlung vor Gericht. Pflichtlektüre sollte der Beitrag "Aussage verweigern? - Aussage verweigern!" sein. Gerade vor dem Hintergrund der zahlreichen Ladungen von sogenannten ZeugInnen durch das BKA bzw. der Bundesanwaltschaft in den laufenden § 129a-Verfahren ist die Auseinandersetzung mit der Frage der politischen Aussageverweigerung dramatisch wichtig geworden. Die Diskussion um die Notwendigkeit einer generellen politischen Aussageverweigerung und der damit drohenden staatlichen Beugehaft ist seit Mitte der 90er Jahre kaum noch mangels Anlass in einem größeren Rahmen geführt worden. Für viele aktuell politisch engagierte AktivistInnen sind "Anna- und Arthur"-Kampagnen politische Historie. Um so wichtiger sind kollektives Verhalten und gegenseitige Solidarität, aber auch das Ernstnehmen von Ängsten. Das politische Wissen darum, dass Aussagen bei Staatsanwaltschaften bzw. der Bundesanwaltschaft immer den Staatschutzkonstrukten nützen, ist das eine. Das andere sind reale Sorgen der Betroffenen, die sich mit der Androhung von Beugehaft auseinandersetzen müssen. Dazu kommt das Wissen, dass aus ZeugInnen schnell Beschuldigte werden können.
Die Broschüre "Repression und Widerstand" wurde durch Hamburger AutorInnen verfasst, ist aber über den regionalen Bezug hinaus unbedingt lesbar. Sie ist - auch bundesweit - in Infoläden und linken Buchläden erhältlich. Ansonsten kann sie gegen Vorkasse für 5 Euro (zuzüglich Porto) über die "Antirepressionsgruppe", c/o Infoladen Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg bestellt werden.

Herr Weingarten

An Aktualität kaum zu überbieten ...

Anna und Artur halten immer noch das Maul !!!

Zur Diskussion um Vorladungen und Aussageverweigerung in den laufenden §129a Verfahren

In allen drei zur Zeit laufenden §129a Verfahren ist es zu ZeugInnenvorladungen zu Bundesanwaltschaft oder Bundeskriminalamt gekommen. Im Verfahren wegen der militanten Kampagne zum G 8 gibt es 6 Vorladungen zum BKA. Diesen Vorladungen ist keine/r nachgekommen, weil gegenüber den Bullen sowieso keine Aussage gemacht werden muss. Trotzdem ist unklar, ob nicht in absehbarer Zeit Vorladungen zur BAW folgen werden. Zusätzlich tauchten BKA-Bullen bei den Eltern von zwei Beschuldigten auf und versuchten, diese zu Aussagen zu drängen. Die Eltern beriefen sich auf ihr Recht auf Aussageverweigerung als nahe Angehörige und sagten nichts.
In Kiel wurde eine Zeugin zur BAW vorgeladen und verweigerte die Aussage im Verfahren wegen antimilitaristischer Aktionen nach § 55 der Strafprozessordung wegen der Gefahr der Selbstbelastung.
In dem Verfahren gegen Menschen, denen vorgeworfen wird in der militanten Gruppe organisiert zu sein, gibt es unseres Wissens 15 ZeugInnenvorladungen zur BAW.

Angesichts dieser Masse von aktuellen Vorladungen und Verfahren und angesichts einer politischen Situation, in der staatliche Repression gegenüber linksradikalen Mobilisierungen immer mehr in den Vordergrund rückt, wird klar, dass eine tatsächliche Diskussion über Aussageverweigerung überfällig und absolut notwendig ist.

Aussageverweigerung ist bedeutend mehr als eine Taktik im Umgang mit der bürgerlichen Justiz. Nichts zu sagen, ist ein politisches Mittel im Kampf gegen staatliche Repression und ein Ausdruck der Ablehnung dieses Systems. Warum sollten wir uns von Bullen oder StaatsanwältInnen über GenossInnen, FreundInnen, politische Strukturen oder unser Lebensumfeld ausfragen lassen? Warum sollten wir einer staatlich erzwungenen Denunziationspflicht nachkommen? Jede Information, die der Staatsschutz nicht hat, schützt einzelne Menschen, aber auch ganze Strukturen und Zusammenhänge. Es gibt für Bullen und Justiz keine unwichtigen Aussagen. Jede Information, die sie haben, werden sie auch verwenden. Und zwar immer gegen uns.
Genau darum geht es: der gegenseitige Schutz vor Verfolgung und Repression darf nicht vor dem Gerichtssaal oder Verhörrraum enden. Genauso wie Repression insgesamt muss Aussageverweigerung Thema sein und bleiben. Wenn wir unsere Politik ernstnehmen, müssen wir auch die Reaktion des Staatsapparates ernstnehmen.
Diskussionen über kollektive Aussageverweigerung sind eine existentielle Notwendigkeit. Sie muss in der gesamten Linken geführt werden.
Diese Diskussion kann immer nur davon ausgehen, dass eben die Verweigerung von Aussagen das sinnvollste und politisch efffektivste ist und dass es das Ziel sein muss, Menschen die Sicherheit zu geben, sich auf diese Konfrontation einzulassen.
Aber uns ist auch klar, dass das nicht immmer so leicht ist und viele subjektive Bedingungen und Situationen dieser Klarheit im Weg sind. Diese Diskussion hat natürlich auch mit persönlichen Ängsten und Unsicherheiten zu tun. Genau deswegen müssen auch individuelle subjektive Bedingungen Thema in diesem Zusammenhang sein.

"keine heldInnen, keine märtyrerInnen ! der ruf nach grösserer entschlossenheit, nach konsequenz und opferbereitschaft vergrössert nicht unseren schutz , sondern produziert nur unsere ‚verräterInnen'. wenn umgekehrt der umgang mit der denunziationspflicht nur eine persönliche entscheidung der betroffenen ist, wenn unser umgang mit staatlichen nachforschungen nur taktisch und nicht politisch bestimmt ist , dann untergraben wir die basis jeden politischen handelns, dann zerstören wir unsere solidarität untereinander. wie wir unsere kämpfe kollektiv führen wollen, muss auch unser umgang mit repression ein kollektiver sein."
(aus ‚lasst sie im trüben fischen', Diskusssionspapier zur Kampagne für Aussageverweigerung, Bochum 1989)

Solltet ihr von Vorladungen betroffen sein, setzt euch mit anderen Betroffenen zusammen und diskutiert euer Vorgehen. Trefft euch mit den Beschuldigten und der Soligruppe in dem jeweiligen Verfahren und stimmt euch ab; diskutiert kollektiv und solidarisch wie ihr gemeinsam den Angriff politisch zurückschlagt. Aber auch wenn vermeintlich kein konkreter Anlass ansteht, ist es für alle Gruppen und Zusammenhänge notwendig über ein gemeinsames Verständnis zu diskutieren. Es kann in diesem Zusammenhang keine individuellen Entscheidungen geben. Denn dann hätte Repression an diesem Punkt bereits gegriffen.

Unterstützung und Information findet Ihr bei Antirepressionsgruppen in eurer Stadt, in Hamburg bei der Roten Hilfe (erreichbar in der B 5), beim Ermittlungsausschuss und der Antirepressionsgruppe (beide erreichbar über den Schwarzmarkt).

Antirepressionsgruppe Hamburg, Oktober 07

Spendenkonto zu den aktuellen §129a Verfahren:
Antirepressionsgruppe HH Solikonto,
Anwalt A. Beuth,
Kto Nr.: 033 659 3203
BLZ : 200 100 20
Postbank Hamburg
Stichwort: Anderkonto Solidarität

Zum weiterlesen:
- *Repression und Widerstand*, Texte und Materialien zu Staatsmacht, Selbstschutz und Soliarbeit. In der Broschüre gibt es ein ausführlichen Text über Aussageverweigerung. Kost 5 Euro und gibts in Info - und Buchläden
- *Bitte sagen sie jetzt nichts,* Aussageverweigerung und Verhörmethoden, Broschüre der Roten Hilfe, gegen Spende

Veranstaltung zu Aussageverweigerung: *Kollektive Zeugenaussageverweigerung als politische Antwort auf Repression. Am Beispiel der aktuellen §129a Verfahren. Anti Rep HH*
6.12.2007, 19 Uhr LIZ Karolinenstraße

:: Neues :: §129a :: 9. Mai 2007 ::

Im Zuge der Ermittlungen im 129a Verfahren 9. Mai wurde mindestens in einem Fall die Wohnung eines Beschuldigten über mehrere Wochen akustisch überwacht. Die Wanzen wurden vermutlich, am 9. Mai, während der Beschuldigte in Gewahrsam war installliert. Mittlerweile sind sie angeblich wieder entfernt worden.

Am 23.10.2007 gingen bei den Anwälten der Beschuldigten ein Schreiben des BGH ein. In dem Schreiben stellt der BGH den Tatbestand des § 129a (Terroristische Vereinigung) generell in Frage. Daraus resultieren Zweifel an der Zuständigkeit des Generalbundesanwalts und damit des Ermittlungsrichters.

Von Seiten des BKAs gab es mehrere ZeugInnen Vorladungen. Keine der Vorgeladenen erschien zu den Vernehmungen. Nach diesem gescheiterten Versuch, suchten mehrere BKABeamten ohne Ankündigung in zwei Fällen die Eltern der Beschuldigten auf und versuchten dort an Informationen zu gelangen. Auch hier wurde nichts gesagt.

**Angeklagt sind wenige,
gemeint sind wir Alle !
Hau wech den Scheiß !**

*Antirepressionsgruppe Hamburg,
26.10.2007*

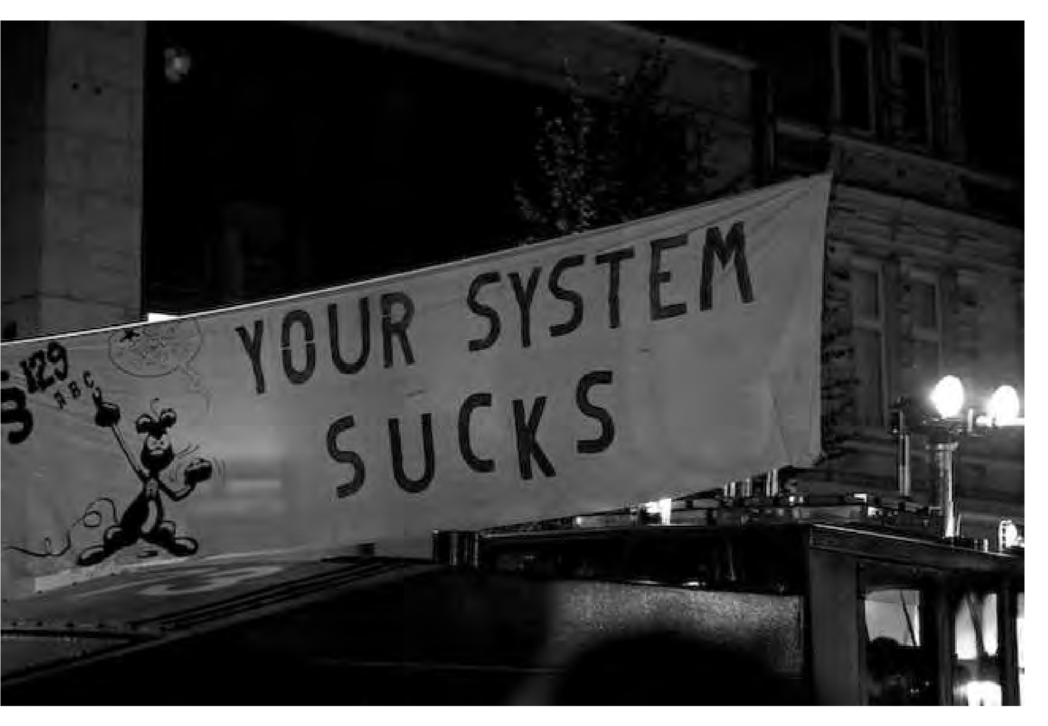
Haftbefehl gegen Berliner Soziologen aufgehoben

Haftbefehl gegen Andrej aufgehoben, da Beweise nicht ausreichend für eine Mitgliedschaft - Keine Beschäftigung damit, ob es sich bei der mg um eine "terroristische Vereinigung handelt"
Der Generalbundesanwalt führt gegen den Beschuldigten - einen promovierten Soziologen, der u. a. an der Berliner Humboldt-Universität beschäftigt ist - ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Auf seinen Antrag hatte der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs am 1. August 2007 Haftbefehl gegen den Beschuldigten erlassen. Dieser ist auf den Vorwurf gestützt, der Beschuldigte habe sich mitgliedschaftlich an der linksextremistischen gewaltbereiten Organisation "militante Gruppe (mg)" beteiligt, der die Strafverfolgungsbehörden, insbesondere aufgrund entsprechender Selbstbezichtigungsschreiben, eine Serie von Brandanschlägen zurechnen, die seit mehreren Jahren überwiegend in dem Gebiet Berlin/Brandenburg begangen worden sind. Mit Beschluss vom 22. August 2007 hat der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs den Haftbefehl gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt, worauf der Beschuldigte aus der Untersuchungshaft entlassen worden ist. Gegen diesen Beschluss hat der Generalbundesanwalt Beschwerde eingelegt.

Dieses Rechtsmittel hat der für Staatsschutzstrafsachen zuständige 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs nunmehr zurückgewiesen und gleichzeitig den Haftbefehl aufgehoben. Die bisherigen Ermittlungen belegen zwar die Einbindung des Beschuldigten in die linksextremistische Berliner Szene, seine Mitwirkung bei der Veröffentlichung der letzten Ausgaben der aus dem Untergrund publizierten Szenezeitschrift "radikal" und auch seine - konspirativ angelegten - Kontakte zu zumindest einem Mitbeschuldigten, der verdächtigt wird, als Mitglied der "militanten gruppe" am 31. Juli 2007 an einem versuchten Brandanschlag auf drei Lastkraftwagen der Bundeswehr beteiligt gewesen zu sein. All dies begründet zwar den Anfangsverdacht, dass der Beschuldigte selbst dieser Gruppierung angehört, weshalb gegen ihn mit Recht Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden geführt werden. Jedoch darf nach den Bestimmungen der Strafprozessordnung (§ 112 Abs. 1 Satz 1 StPO) ein Haftbefehl nur dann erlassen werden, wenn der Beschuldigten einer Straftat dringend verdächtig ist. Dies ist nur der Fall, wenn die große Wahrscheinlichkeit besteht, dass er der ihm vorgeworfenen Tat schuldig ist und deswegen verurteilt werden wird. Eine solche Wahrscheinlichkeit, dass er sich an einer terroristischen Vereinigung mitgliedschaftlich beteiligt hat, kann im Fall des Beschuldigten zur Zeit nicht bejaht werden; denn die in den bisherigen Ermittlungen aufgedeckten Indizien sprechen nicht hinreichend deutlich für eine mitgliedschaftliche Einbindung des Beschuldigten in die "militante gruppe", sondern lassen sich ebenso gut in anderer Weise interpretieren.

Der Haftbefehl konnte schon aus diesem Grund keinen Bestand haben. Der 3. Strafsenat musste sich daher bei seiner Entscheidung nicht mit der Frage befassen, ob es sich bei der "militanten gruppe" nach den Maßstäben der einschlägigen Strafvorschrift (§ 129 a Abs. 2 Nr. 2 StGB) tatsächlich um eine terroristische Vereinigung handelt.

*Beschluss vom 18. Oktober 2007 - StB 34/07
Karlsruhe, den 24. Oktober 2007*



Der folgende Text ist ein vorläufiges Ergebnis vieler Diskussionen mit unterschiedlichen Gruppen und Einzelpersonen. Er wurde in verkürzter Form auf einer Veranstaltung in der Volksbühne in Berlin, am 30.09.07 - "Ist jetzt alles Terrorismus? Zur politischen Dimension des § 129a und zur Sicherheitspolitik der Bundesregierung" - und einer in der Roten Flora in Hamburg, am 18. 10. >Wir sind alle § 129a< von Fritz Storim vorgetragen.

Zu den aktuellen politischen Verfolgungen nach §129a

Die drei letzten Verfolgungswellen nach § 129a

1. Im Vorfeld des G8 Gipfels in Heiligendamm kam es zu einem der größten Repressionsschläge der letzten Jahre. Am 9.Mai starteten Bundesanwaltschaft (BAW) und Bundeskriminalamt (BKA) in Hamburg, Berlin, Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Brandenburg eine Durchsuchungswelle von über 40 Wohnungen und Projekten und begründeten dies mit dem Vorwurf der "Bildung einer terroristischen Vereinigung zur Verhinderung des G8-Gipfels" nach §129a - betroffen sind davon 18 Personen - sowie Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung "Militante Gruppe (MG) - betroffen sind davon 3 Personen.

Nach dem Durchsuchungsbeschluss war erklärtes Ziel der Durchsuchungen "die Sicherstellung von Daten oder Unterlagen zur Organisation der Kampagne gegen den G8-Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm sowie von Kommunikationsplänen und -Nachweisen, von Personen- und Adressenverzeichnissen, die Auskunft über weitere Kontaktpersonen geben sollen, von Tatmitteln wie Zündvorrichtungen, Zeitschaltuhren und Werkzeugen."

Die besondere Bedeutung des Verfahrens begründete die BAW im Durchsuchungsbeschluss wie folgt:

"... sie stehen im Verdacht, eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben oder Mitglieder einer solchen Vereinigung zu sein, deren Ziel es insbesondere ist, mit Brandanschlägen und anderen gewalttätigern Aktionen den bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel (G8) im Frühsommer 2007 in Heiligendamm erheblich zu stören oder zu verhindern. Diese Straftaten sind dazu bestimmt, die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu erschüttern und können insbesondere die internationale Position der Bundesrepublik Deutschland als verlässlicher Partner im Verbund der acht wichtigsten Wirtschaftsnationen erheblich schädigen. ..."

Und genau vor diesem politischen Hintergrund ist dieser Angriff auch zu verstehen. Die Durchsuchungswelle und das 129a Verfahren waren ein konkreter Angriff auf die autonomen und systemoppositionellen Mobilisierungen im direkten Vorfeld von G8 in Heiligendamm und ASEM Gipfel in Hamburg. Gemeint waren mit diesem Angriff tatsächlich alle Menschen, die ihren Protest im Rahmen von Aktionen praktisch werden lassen wollten. Auch hier sollte Repression einschüchtern, denunzieren und zu Entsolidarisierung und Spaltung führen.

Die Durchsuchungen erfolgten ohne jeden konkreten Tatverdacht! Das wird offiziell auch zugestanden:

Innenminister Schäuble forderte, unter "Anfangsverdacht" stehende Menschen schon vor den Protesten in so genannten "Unterbindungsgewahrsam" zu nehmen.

Die Hausdurchsuchungen wurden von Andreas Christeleit, dem Sprecher der Bundesanwaltschaft am 9. Mai, gegenüber dem ZDF-Heute-Journal wie folgt kommmentiert: "Die heutigen Durchsuchungen sollten Aufschluss erbringen über die Strukturen und die personelle Zusammensetzung von diesen Gruppierungen und dienten nicht in erster Linie zur Verhinderung von konkreten Anschlägen, dafür gab`s keine Anhaltspunkte."

Laut Hamburger Innensenator Nagel sollen die Durchsuchungen zeigen, dass "die Sicherheitsbehörden im Kampf gegen Extremisten nicht wehrlos sind", und er kündigte ihnen gegenüber "Null Toleranz" an.

Polizeipräsident Jantosch hat dies mit den Worten auf den Punkt gebracht: "Heute haben wir richtig durchgeatmet. Für den in Hamburg stattfindenden ASEM-Gipfel und die nachfolgenden Veranstaltungen ist die Polizei gerüstet."

"Wir haben in den Busch geschossen, nun sehen wir, was und wer sich dort bewegt" hat ein Fahnder des BKA auf Spiegel-Online erklärt.

Doch dieser Schuss ist ja bekanntlich eindeutig nach hinten losgegangen. Er hat zur massiven Mobilisierung für den Widerstand gegen den G8-Gipfel - auch weltweit - geführt und die unterschiedlichen politischen Spektren stärker zusammengeführt. Vielen Menschen wurden die Augen über diese herrschenden Verhältnisse geöffnet und es wurde deutlich:

Angeklagt sind nur wenige, aber gemeint sind wir alle!

Ein angeblicher Tatverdacht wird folgendermaßen konstruiert: Fünf durchweg ältere Beschuldigte aus Hamburg und Berlin seien seit vielen Jahren in der autonomen Szene aktiv. Sie hätten schon während der Tagung des internationalen Währungsfonds (IWF) im September 1988 (also vor neunzehn Jahren!) in Berlin Brandanschläge mit Molotow-Cocktails und Brandsätzen mit Zeitzündern verübt. Hierzu hätten sich die Beschuldigten in dem Buch "Autonome in Bewegung" bekannt, in dem sie ihre Kampagne-Arbeit einschließlich begangener Brandanschläge mit hohen Sachschäden dargestellt und beschrieben hätten.

"Diesem Vorbild entsprechend" hätten sie mit weiteren Beschuldigten seit geraumer Zeit eine "militante Kampagne" im Hinblick auf den G 8-Gipfel in Heiligendamm vorbereitet.

Zur Durchführung der Aktionen würden sie jüngere Personen "rekrutieren". Die jüngeren Beschuldigten führen angeblich die operative Umsetzung der militanten Aktionen durch.

Die Spontandemonstrationen von 3000 Menschen in Hamburg und 5000 Menschen in Berlin auf diese politischen Angriffe zeigt, dass diese Repressionswelle als Angriff gegen die gesamte Anti-G8-Protestbewegung verstanden wurde.

2. Am 13. und 19. Juni, also unmittelbar nach dem G8-Gipfel, kam es in Hamburg, Bad Oldesloe (neun Personen) und Berlin (zwei Personen) zu einer weiteren Reihe von Hausdurchsuchungen. So wurden auch Wohnungen von Eltern sowie das alternative Jugendzentrum "INIHAUS" in Bad Oldesloe durchsucht. Insgesamt elf Personen wird in einem neuen §129a-Verfahren vorgeworfen, an vier Aktionen gegen Objekte der Bundeswehr und von Rüstungsfirmen beteiligt gewesen zu sein.

3. Am 31. Juli wurden die Wohnungen und teilweise Arbeitsplätze von sieben Personen in Berlin und Leipzig durchsucht. Dabei wurde Andreij H. verhaftet. Dem ging die Verhaftung drei weiterer Personen in der Nacht auf den 31. Juli voraus. Diesen dreien wird zur Last gelegt, auf dem Firmengelände von MAN in Brandenburg drei Brandsätze an Bundeswehr-LKWs ange-

bracht zu haben. Die drei Axel, Florian und Oliver sitzen derzeit immer noch in U-Haft in Berlin-Moabit. Der gegen die insgesamt sieben Personen erhobene weitere Vorwurf lautet gemäß § 129a "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" mit der Bezeichnung "Militante Gruppe (MG)".
Die MG ist dem Repressionsapparat schon seit Langem ein Dorn im Auge. Nicht nur wegen verschiedener militanter Aktionen, sondern auch wegen ihrer offensiven Öffentlichkeitsarbeit und die von ihnen angestoßenen Diskussionen über Perspektiven von Widerstand und Militanz.
Seit dem 28. August ist Andreij H. vom Ermittlungsrichter des BGH, nach Zahlung einer Kaution und Erlassen von Auflagen, entlassen worden. Der Haftbefehl besteht allerdings weiterhin.

In allen drei Verfahren -sind mehrere sogen. ZeugInnen (bisher sind etwa 20 bekannt) betroffen. Das sind Menschen, die mit den Beschuldigten in Kontakt stehen. Bei ihnen wurden teilweise auch Hausdurchsuchungen und Observationen durchgeführt. Sie können vom BKA oder der BAW vorgeladen werden, und werden dann zu den Beschuldigten befragt. Vor der BAW sind sie rechtlich verpflichtet auszusagen. Sagen sie nicht aus, können sie mit Geldstrafe oder Beugehaft belegt werden. Es gibt eine Kampagne mit dem Ziel, die ZeugInnen zu unterstützen, jede Aussage zu verweigern.

Der § 129a

Der § 129a (wie übrigens auch der §129b, der sich auf terroristische Vereinigungen im Ausland bezieht) ist ein zentrales Mittel der politischen Justiz. Als Staatsschutzparagraf zielt die Anwendung des Paragrafen immer auf Gesinnung, auf politische Inhalte und auf kollektiven Widerstand.
Neben dieser politische Bedeutung ist er für die Staatsschutzbehörden ein ganz wesentliches Ermittlungsinstrument. Kein anderer Paragraf eröffnet dem Staatsschutz so viele Möglichkeiten an Überwachung und Ausforschung wie der § 129a oder b. Im Rahmen der aktuellen Verfahren hat er über einen langen Zeitraum seine ganzen technischen Möglichkeiten ausgeschöpft. Flächendeckende Observationen, Telefonüberwachung, e-Mail Überwachung, Postüberwachung, Filmaufnahmen, Abhörmaßnahmen, Peilsender, Rasterfahndung, Einsatz verdeckter Ermittler, Verwertung geheimdienstlich erlangter Informationen (nach dem G10-Gesetz), Aufhebung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses, akustische Raumüberwachung, usw.
Diese Überwachungsmaßnahmen haben weit mehr Leute betroffen als die jetzt unmittelbar Beschuldigten.
Mit diesem Gesinnungs- und Schnüffelparagraphen 129a - mit dem die Durchsuchungen juristisch "legitimiert" wurden - ist es der Justiz heute wieder möglich, Oppositionelle - wie z. B. Menschen, die sich gegen den bevorstehende G8-Gipfel in Heiligendamm engagieren - auszuforschen, sie zu kriminalisieren und die laufende Arbeit zu behindern.

Der §129a ist bisher nur in 2% der Fälle zur Aufklärung von "Straftaten" dienlich gewesen. Alle restlichen Verfahren wurden sang- und klanglos eingestellt. Was bleibt, ist jedoch z. B. die Stigmatisierung bestimmter politischer Zusammenhänge und Einiger von dem Verfahren unmittelbar betroffener und durch die Presse herausgehobener Personen.
Vor diesem Hintergrund sehen wir im §129a ein Instrument staatlichen Handelns, das prinzipiell alle politisch kritischen Menschen unter Generalverdacht stellen kann. Ein potentieller Gegner, der als Gefahr für die öffentliche Sicherheit angesehen wird, kann so mit den Mitteln des Strafrechts präventiv ausgeschaltet werden.
Wir alle sind potentiell Verdächtige.

Um dieses Ziel zu erreichen, scheint jedes Mittel recht. Vor nicht allzu langer Zeit wurden Menschen in Gefängnisse oder Lager gesperrt, wenn sie systemkritische Flugblätter verteilten oder Kontakt zu bestimmten Personen hatten. Heute reicht dieser "Tatbestand" scheinbar immerhin schon wieder aus, um Hausdurchsuchungen und Observationen damit zu begründen.

Ausmaß der Überwachung und die Auswirkungen der politischen Verfolgung auf das private, soziale und berufliche Umfeld

Die Verfolgung ist für viele eine große persönliche Belastung. Die Folgen für den Alltag sind oft gravierend.
Zum Teil werden seit mehreren Jahren unsere Telefone abgehört, alle Emails überwacht, unsere gesamte Internet-Nutzung protokolliert, unsere Wohnungen werden beobachtet, Wanzen in Wohnungen installliert, Wohnungen gegenüber von Wohngemeinschaften angemietet, um diese mit Videokameras zu überwachen, Hauseingänge mit Videokameras beobachtet, Peilsender an Pkws oder Wanzen in Pkws angebracht, politische Zusammenkünfte ausspioniert und TeilnehmerInnen erfasst und fotografiert, Bewegungen anhand von Handy-Daten oder Bahnkarten-Daten aufgezeichnet, Spitzel auf uns angesetzt.
Ausgeforscht werden auch LebenspartnerInnen, FreundInnen, KollegInnen und Familienangehörige. Das gesamte Ausmaß der Bespitzelung können wir bisher noch nicht überschauen.

Nach der Durchsuchung wurden DNA- und Geruchsproben genommen, um diese mit vorliegenden Spuren zu vergleichen.
In Hamburg wurden, in einem eigens dafür eingerichteten Zentrum, Postsendungen kontrolliert.

Wer wissenschaftliche oder journalistische Publikationen zu bestimmten Themen verfasst und Bibliotheken dazu nutzt, macht sich verdächtig. Wer Kontakt zu Menschen hat, die die BAW für verdächtig hält, macht sich verdächtig. Wer versucht, seine Privatsphäre und Anonymität aktiv zu schützen, macht sich ebenfalls verdächtig. Kommen bei einem Personenkreis alle drei Verdachtsmomente zusammen, muss es sich in dieser Logik um eine terroristische Vereinigung handeln.

In der Messstelle für Arbeits- und Umweltschutz in Bremen wurden Materialien in einem Umfang beschlagnahmt, so dass die Arbeit bis heute fast vollkommen blockiert ist. Aus meinem Uni-Seminar an der Universität Bremen wurden TeilnehmerInnenlisten über mehrere Semester und Seminararbeiten beschlagnahmt. Dem Veranstalter wird ja vorgeworfen, jüngere Leute für militante Aktionen rekrutieren zu wollen. Das soll wohl bei den SeminarteinehmerInnen überprüft werden. Dadurch wird die Arbeit auch in diesem Seminar sehr erschwert.

Allein der Aktenbestand für die Ermittlungen, die zu den Razzien am 9. Mai führten, beläuft sich etwa auf 80 000 Seiten, ca. 200 Ordner. 34 Ordner sind uns zur Zeit zugestellt worden.
Der größte Teil der Akten ist dem BKA vom Verfassungsschutz zur Verfügung gestellt worden. Hier wird also eine sehr enge Zusammenarbeit von Geheimdienst und Polizei sichtbar. Nicht zufällig wurde nach dem zweiten Weltkrieg - als Reaktion auf den deutschen Faschismus - die Arbeit von Geheimdienst und Polizei per Gesetz getrennt. Das scheint heute aber keine Rolle mehr zu spielen.

Aus den Akten wird auch ersichtlich, dass das BKA unmittelbar mit Sozialamt, Arbeitsamt, Finanzamt, Verkehrsamt, Ordnungsamt, Versicherungen, Ausländerbehörde und Banken usw. zusammenarbeitete.
Die Ermittlungsbefugnisse bei § 129a-Verfahren entsprechen denen bei Verfahren gegen "organisierter Kriminalität" (z.B.: Geldwäsche, Mafia). D.h. es gibt keinen Datenschutz, kein Bankgeheimnis - auch nicht für Verwandte, FreundInnen, MitbewohnerInnen usw. Diese erfahren i.A. nie, dass und wie sie in solchen Ermittlungen auftauchen.

Versuch einer politischen Einordnung
Es gibt keine einfache Antwort auf diesen politischen Angriff. Ich will versuchen die verschiedenen Aspekte, so wie wir sie bisher diskutiert haben, darzustellen.

Alle drei 129a Verfahren sind Ausdruck der aktuellen politischen Situation, die von Diskursen über den Begriff "Sicherheit" geprägt sind. Die Politik staatlicher Überwachung, das Sammeln und Speichern aller Daten von Menschen und das Vorantreiben von Repression sind Ausdruck einer Veränderung des staatlichen und gesellschaftlichen Systems, im Rahmen der neoliberalen Umgestaltung und kapitalistischen Globalisierung der Welt.
Zuerst einige Bemerkungen zu den allgemeinen Hintergründen der politischen Verfolgungen:
Die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung - allgemein mit Neoliberalismus und kapitalistische Globalisierung bezeichnet - ist eine kapitalistische Offensive, die alle Lebensbereiche, selbst den menschlichen Körper, zunehmend privatisiert und kommmerzialisiert und die ganze Welt zu einem einzigen Markt vereinigt - und das unter der Dominanz der mächtigen Industrienationen/der transnationalen Konzerne.
Im Rahmen des Profit- und Wachstumsparadigma des Kapitals ist die Steigerung der Produktivität und die Erschließung neuer Märkte inhärent mit Abbau sozialer Errungenschaften, Massenarbeitslosigkeit, Vernichtung natürlicher Lebensgrundlagen, Ausschluss immer größerer Teile der Menschheit von den ökonomischen und sozialen Lebensvoraussetzungen und mit dem Abbau von Demokratie.
Der Staat baut seine Funktionen immer stärker marktkonform um: Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Kulturpolitik, Bildungspolitik, Gesundheitspolitik, usw. werden zusehends ausschließlich der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt untergeordnet.
Die Aufgaben des Staates verlagern sich verstärkt auf die Aufrechterhaltung des Rechtssystems, auf die Wahrung der "Inneren und Äußeren Sicherheit" und des Besitzstandes des Kapitals. D.h. Sicherheitspolitik bedeutet nicht nur Sicherheit gegenüber einem sog. äußeren oder inneren "Feind", sondern Ausbau von Überwachungs-, Steuerungs-, Ordnungs- und Unterdrückungsstrukturen zur Sicherung der Produktions- und Verwertungsbedingungen, der Absatzmärkte, des Zugriffs zu den Rohstoffen, des Kapitals/der Kapitalströme.

Im sozialen Bereich hat diese Entwicklung auch zu verstärkter Normierung, Kategorisierung, bis zur Selektion von als "überflüssig" betrachteten Menschen - Menschen, die über "Arbeitskraft minderer Güte" verfügen - geführt, und so ist die Diskussion um "lebenswert" und "lebensunwert", "Neue Eugenik", "Neue Euthanasie" wieder gesellschaftsfähig geworden.

Voraussetzung für diese Entwicklung ist die Zerstörung von Kommunikation. Kommunikation hier verstanden als Auseinandersetzung, Kritik, gemeinsame Entwicklung, Berührung. Kommunikation wird so zur Sabotage an den herrschenden Verhältnisssen. Die Zerstörung von Kommunikation hat das Ziel der totalen Vereinzelung und Entmündigung des Menschen.
Die Ideologie der Zwangsläufigkeit und Unausweichlichkeit der gesellschaftlichen Entwicklung - und damit die Anonymisierung von Macht - soll den Anspruch auf politische Verantwortung ersetzen.

Der Staat registriert, überwacht und kontrolliert uns immer vollständiger. Egal, was wir tun, mit wem wir sprechen oder telefonieren, wohin wir uns bewegen, mit wem wir befreundet sind, wofür wir uns interessieren, in welchen Gruppen wir engagiert sind.
Mit der Vorratsspeicherung der Telekommmunikation und Online-Durchsuchungen von Computern stehen weitere verschärfte Sicherheits- und Überwachungsbefugnisse auf der politischen Agenda.
Wer sich ständig überwacht und beobachtet fühlt, wird sich meist immer schwieriger unbefangen und mutig für seine Rechte und für eine menschliche Gesellschaft einsetzen. Es entsteht allmählich eine unkritische Konsumgesellschaft von Menschen, die "nichts zu verbergen" haben und dem Staat gegenüber - zur vermeintlichen Gewährleistung totaler Sicherheit - ihre Freiheitsrechte aufgeben.
Eine solche Gesellschaft wollen wir nicht!

Da wo sich Widerstand regt wird versucht, ihn über Repression plattzumachen. Hier spielt der § 129a eine besondere Rolle.
So ist der totale Überwachungsstaat konsequenter Ausdruck dieser herrschenden Verhältnisse.
Es genügt deshalb nicht alleine einzelne Verschärfungen von Überwachung und Repression zu kritisieren, sondern es müssen immer auch die Verhältnisse, die sie hervorbringen in die Kritik mit einbezogen werden.

In diesem Kontext ist es einzuordnen, wenn der Staat Krieg nach Außen und nach Innen führt:
*** So agiert die Bundeswehr schon lange wieder als Angriffs- und Eroberungsarmee und steht ohne jeden Zweifel in der Kontinuität des deutschen Militarismus zur Durchsetzung von Herrschaftsinteressen. Heute ist sie Teil der NATO, an zehn Militäreinsätzen im Ausland beteiligt und verantwortlich für die Bombenabwürfe 1999 auf die Bevölkerung in Jugoslawien und jetzt in Afghanistan.
Allein in Afghanistan gehen bereits mehrere Tausend Tote, Verstümmelte, Vergewaltigte, Gefolterte, Obdachlose und Fliehende auf das Konto dieser sogenannten Friedensstifter.
Da stellt sich die Frage:
Ist die Sabotage gegen diese Kriegsarmee Terrorismus? Oder Abrüstung?

*** Der aggressiven deutschen Außenpolitik entspricht die Verschärfung der sozialen Bedingungen im Inneren.
Lohnraub durch Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung. Rationalisierung und Entlassung von Arbeitskräften, Kürzung der Renten, Reduzierung der Gesundheitsversorgung durch die sogenannte Gesundheitsreform, Reduzierung der Bildung auf die Kinder der Wohlhabenden, enorme Preiserhöhungen, Armut, Obdachlosigkeit. Eine immer weiter zunehmende Verarmung der Bevölkerung.

Ist der Widerstand gegen das G8-Treffen - der größten terroristischen Vereinigung dieser Welt, die verantwortlich ist für Unterdrückung, Hunger und Krieg - Terrorismus?
Ich will daran erinnern, dass alle 5 sec ein Kind an den Folgen von Hunger und Armut stirbt. Das sind an die 500 Kinder während ich hier rede.
Das ist kein Schicksal - das ist Mord!
Für mich sind Terroristen in erster Linie diejenigen, die für Macht und Profit über Leichen gehen.

Ein weiteres spezielles Kalkül für die politischen Verfolgungen zielt auch darauf ab, ein Terrorbild in der Öffentlichkeit zu transportieren, das jede weitere Repression gegen radikale Opposition rechtfertigen und verfassungsmäßige Rechte weiter aushöhlen soll und die Wahrnehmungsgrenzen verschwimmen zu lassen, zwischen Einsatz der Bundeswehr gegen al Kaida oder Taliban und G8-Widerstand:
Der Einsatz von Kriegswaffen wie Spähpanzer und Tornados gegen den G8-Widerstand in Heiligendamm bringt das deutlich auf den Punkt!

- Weiter geht es darum, Widerstand zu spalten, indem ein Teil als legitim und sogar "wichtig" dargestellt wird - wie um den G8-Gipfel geschehen - und auf der anderen Seite von dem Teil, der die Spielregeln nicht einhält und die herrschenden Verhältnisse in Frage stellt, das Bild eines blutrünstigen und unpolitischen Terrormob gezeichnet wird. Der eine Teil von Widerstand wird eingebunden, kanalisiert und geschluckt und auf den anderen Teil wird ordentlich drauf geschlagen. Im Grunde genommen geht es jedoch darum, Widerstand zu brechen.

Noch ein weiteres Kalkül ist, antagonistischen Widerstand - also Widerstand der nicht vereinbar ist mit der herrschenden Ordnung, wie ihn z.B. die Brandanschläge gegen die Bundeswehrfahrzeuge darstellt - radikal zu bekämpfen.

Dabei geht es nicht um den Sachschaden, es geht um die Idee und um das Signal, das diese Aktionen aussenden. Nämlich, dass die herrschenden Verhältnisse grundsätzlich auch praktisch angreifbar sind und das Menschen solche Aktionen für moralisch legitim halten. Solche Gedanken sind mit einer Gesellschaft, in der die Ideologie des Sachzwangs, die politische Verantwortung weitgehend abgelöst hat - also scheinbar niemand mehr für die herrschende Politik verantwortlich ist - unvereinbar/undenkbar - es könnte ja dadurch vielleicht die Kolonialisierung der Köpfe durch die herrschende Ideologie aufgebrochen werden.

Zum Anlass für alle drei Verfolgungswellen wurden solche militanten Aktionen herangezogen. Aber wie ich gerade versucht habe zu beschrieben, ist das nur als äußerer Anlass zu verstehen. Die langfristige politische Strategie, die dahinter steckt ist die der totalen Überwachung, Kontrolle und Steuerung der Menschen und der Gesellschaft:
Die Verfolgungen betrifft so die gesamte Linke und nicht nur deren radikalen Teil, und letztlich weit darüber hinaus die gesamte politische "Landschaft" in Deutschland. Wir sehen "unser" Verfahren nur als einen kleinen Mosaikstein in einem weit größeren Gesamtkunstwerk von sog. Sicherheitspolitik.

Solange Menschen sich aus einer unversöhnlichen Haltung den herrschenden Verhältnissen gegenüber politisch organisieren und ihren Widerstand in verschiedenen Formen praktisch machen, wird die Antwort des Staates Repression sein. Alleine schon die vage Möglichkeit von Unzufriedenheit oder gar Unruhe in Zeiten wachsender Vereinzelung, sozialer Ungleichheit und sozialer Unsicherheit, lässt den Staat präventiv repressiv handeln.
Aber wir werden nicht zulassen, dass der Widerstand gegen die unmenschlichen globalen Verhältnisse aufgehalten oder gar zerschlagen wird. Das sehen wir als unsere Aufgabe an und dafür werden wir jetzt auch verfolgt.

Einige abschließende zukunftsweisende Bemerkungen

Wenn wir hier über die Repressionstechniken von BKA und anderen Staatsschutzbehörden so ausführlich berichtet haben, dann nicht mit der Absicht, Angst und Horror zu verbreiten und Leute einzuschüchtern. Sondern wir verstehen diesen Beitrag als Aufforderung, die Bedingungen unter denen wir uns bewegen genau zu studieren. Je besser wir diese Bedingungen kennen, um so sicherer werden wir uns bewegen können - immer auch mit dem Wissen: "wer sich bewegt, hinterlässt auch Spuren!"
Die Gewissheit alleine: "wir sind moralisch im Recht" und daraus die Folgerung zu ziehen: "deshalb darf uns nichts geschehen!" wird uns erfahrungsgemäß nicht vor politischer und polizeilicher Verfolgung schützen.

Und, auch wenn vielleicht manches in den Verfahren konstruiert und lächerlich erscheinen mag, sollten wir diesen Angriff nicht auf die leichte Schulter nehmen.
Wir haben schon ein sehr ernsthaftes Anliegen und das richtet sich gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse, und genau das wissen auch die, die uns jetzt angreifen.

Ich will noch aus einer Erklärung der Soligruppen aus Hamburg und Bremen für die § 129a-Verfolgten zitieren. Da heißt es:
wir sind nicht "harmlos",
wir sind nicht "unschuldig",
wir kämpfen gegen diese herrschenden Verhältnisse
wir wollen ein anderes Leben
wir wollen eine andere Welt

Es geht uns um eine Welt, in der der Mensch und nicht die ökonomische Rationalität im Mittelpunkt von Denken und Handeln steht.
Und um uns in die Kontinuität der Geschichte zu stellen - mit Marx gesprochen: "Alle Verhältnisse umwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist."

In diesen Sinne:
Wir sind alle § 129a! :: Kein Frieden mit den herrschenden Verhältnissen! :: Vorwärts! Gemeinsam! :: Und nicht vergessen die Solidarität!

Soweit die Soligruppen.

Aber lasst mich noch eine persönliche Schlussbemerkung machen:wir werden diese Angriffe zurückweisen, wenn wir gemeinsam dafür sorgen, dass der Stein den sie gegen uns erhoben haben, auf ihre eigenen Füße fällt! No pasaran! Sie werden nicht durchkommen!

(Label: §129a -2007 // Dateiname: Berlin-Volksbühne300907 //überarbeitet: 22.10.07)

Einige Gedanken zur militanten Kampagne

3 Monate sind seit dem G8-Gipfel in Heiligendamm vergangen, die seit Mai höherschlagenden Repressionswellen bestimmen die Tagesordnung der linksradikalen Sommerpause und die euphorischen Momente der kleinen Punktsiege weichen den nüchternen Fragen, wie es jetzt weitergehen kann und soll. Es ist Zeit für eine Bilanz.
Wir haben uns als ein Zusammenhang an der militanten Kampagne gegen den G8 Gipfel beteiligt, und wollen unsere vorläufigen Einschätzungen zur Diskussion stellen. Soviel lässt sich vorab bereits sagen: Unser Fazit fällt gemischt aus. Die Beharrlichkeit der beteiligten Gruppen und Zusammenhänge und die im Rückblick recht ansehnliche Reihe von Aktionen. (über 30 Brandanschläge und 200 "Straftaten" im Vorfeld des Gipfels), haben militante Aktionsformen zu einem entscheidenden Eckpfeiler der Gipfelmobilisierungen gemacht. Innerhalb der radikalen Linken wurde die Rolle militanter Interventionen dadurch erneut zur Diskussion gestellt. Die Medien-Rezeption der Kampagne, die öffentliche Aufregung über gelungene Aktionen, hatten zur Folge, dass nach längerer Zeit wieder Militanz und linksradikale Inhalte wahrgenommen wurden. Andererseits scheinen weitergehende Impulse für eine linksradikale Politikbestimmung bisher ausgeblieben zum sein. Es lässt sich auch noch keine wirkliche Konsolidierung oder Verbreiterung militanter Politik feststellen.
Die Kampagne hat die aktuellen Grenzen und Möglichkeiten militanter Politik in der BRD sichtbar gemacht.
Was waren die Erfolge? Wo liegen die Versäumnisse? Was lässt sich daraus lernen? Wie kann es weitergehen?
Mit dem Vorschlag für eine "breite militante Kampagne" zum G8-Gipfel, den die Gruppe "AUGUST" vor 2 Jahren unterbreitet hatte, waren aus unserer Sicht vor allem 3 Zielvorstellungen verknüpft, die wir spannend fanden:
1) die Kampagne sollte ein langfristiges Projekt sein, das militante Politik breit wahrnehmbar zu einem politischen Faktor machen und die Dominanz reformistischer Ansätze in der linken, speziell der Antiglobalisierungsbewegung, zurückdrängen sollte.
2) sie sollte zu einer Konsolidierung und Verbreiterung linksradikaler Politik beitragen und neue Gruppen für militante Politik gewinnen.
3) sie sollte die unterschiedlichen Bereiche, Ebenen und Strukturen imperialistischer Herrschaft und kapitalistischer Ausbeutung aufzeigen, praktisch angreifen und Verbindungslinien zwischen emanzipatorischen Kämpfen in der BRD, wie auch zwischen Metropole und Trikont herstellen. (siehe dazu. Interim 622, Erklärung zum Anschlag auf W. Marnette vom August 2005, "Ein anderer Bildschirmtext ist möglich") Wie leider oft, fällt das Ergebnis gemessen an den Zielen etwas bescheidener aus. Wir können festhalten, dass die Kampagne als Projekt die Mobilisierungen zum G8 Gipfel nicht nur von Anfang an begleitet hat, sondern, wie schon gesagt, entscheidend zur Wahrnehmung der Protestinitiativen insgesamt beigetragen hat. Sie war ein eigenständiger Strang der Mobilisierung und auch insofern politischer Faktor, als sie den anderen Strömungen eine Standortbestimmung in ihrem Verhältnis zu außerlegalen Aktionsformen abgenötigt hat. Die reformistische Dominanz in der Antiglobalisierungsbewegung konnte zumindest punktuell zurückgedrängt und linksradikale Positionen dadurch gestärkt werden. Dabei muss aber zwischen bewegungsinternen Prozessen und der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit differenziert werden. Über längere Zeit war die mediale Aufmerksamkeit für die Mobilisierung zum Gipfelprotest vorrangig auf die militante Kampagne gerichtet. Legalistische und reformistische Ansätze wurde lediglich vor dem Hintergrund militanter Aktionen im Sinne einer Spaltungspolitik zu Bekenntnissen für "friedlichen Protest" aufgefordert, ansonsten aber weitgehend übergangen.
Inwiefern die Kampagne innerhalb der Antiglobalisierungsbewegung radikale Positionen auch längerfristig gestärkt hat, können wir zur Zeit nicht abschätzen. Als positiv bewerten wir aber, dass sowohl in der Kampagne wie auch bei den Aktionstagen in Rostock ähnliche Themenschwerpunkte gesetzt wurden. Dadurch haben sich wenigstens in Ansätzen klandestine und öffentliche Aktionsformen ergänzt.
Was davon übrig bleibt und ob sich die Antiglobalisierungsbewegung in Zukunft stärker radikalisieren wird, halten wir für nicht ausgemacht. Für die BRD wird aufschlussreich sein, wie die Linke insgesamt jetzt mit den Repressionsschlägen der Bundesanwaltschaft umgehen wird, wie sie sich zu den 129a Verfahren und den Gefangenen verhält.
Insgesamt war die militante Seite der Mobilisierungen gegen Heiligendamm sicherlich stärker, als bei den Mobilisierungen 1992 in München, 1999 in Köln oder gegen die Expo 2000 in Hannover. Ob sich tatsächlich neue militante Gruppen konstituiert, oder andere Gruppen radikalisiert haben, wissen wir nicht. Räumlich blieb die Kampagne im Wesentlichen auf Nordd-



deutschland beschränkt und hat erst ab Winter 2006/2007 eine gewisse Stärke entfaltet. Es haben sich verschiedene Gruppen oder Zusammenhänge, offensichtlich jeweils mit ihren speziellen Themen, eingebracht, manchmal in ihren Erklärungen und seltener in ihren Aktionen aufeinander bezogen. Die Chance, innerhalb der Kampagne zumindest auf praktischer Ebene eine Zusammenarbeit der beteiligten Gruppen zu entwickeln, wurde unserer Wahrnehmung nach nicht genutzt. So wurden zum Beispiel 2 praktische Vorschläge gemacht, in der Mobilisierung zum Gipfel kontinuierliche Aktionsstränge zu entwikkeln. Im Zusammenhang mit dem Anschlag auf das Auto eines Tchibovorstandes wurde von der Gruppe "Herzinfarkt" angeregt, die Verhältnisse in der Textilproduktion im Trikont besonders mit Blick auf die WM 2006 offensiv zu bearbeiten. Verbunden mit einem Anschlag auf einen Rüstungszulieferer (IMTEC) schlug die Gruppe "MAMI" vor, im Vorfeld der NATO-Sicherheitskonferenz 2oo7 bewegungsübergreifend zu mobilisieren und eine Verbindung zu Heiligendamm zu ziehen. Aus diesen Vorschlägen hat sich unseres Wissens nichts entwickelt. Es hat sich gezeigt, dass solche Projekte offenbar nicht nur langfristig angeschoben werden müssen, sondern dass sie auch praktisch unterfüttert werden sollten, damit andere Gruppen diese Ideen als Möglichkeit eigenen Handelns wahrnehmen und tatsächlich aufgreifen.

Aus dem Vorschlag, die unterschiedlichen "Strukturen imperialistischer Unterdrückung und kapitalistischer Ausbeutung" ("AUGUST") anzugreifen und "Verbindungen zwischen den Kämpfen herzustellen" haben sich 4 größere Themenstränge entwickelt:

Es gab sehr unterschiedliche Aktionen
- im Antirassismusbereich (z.B. ION, Ringstorff, Dussmann)
- im Antimilitarismusbereich (z.B. Gästehaus, IMTEC, Thyssen Krupp Marine Systems, Lufthansa Technik)
- zu (internationalen) Klassenkämpfen (z.B. norddeutsche Affinerie, Tchibo, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburger Weltwirtschaftsinstitut, Thormählen Schweißtechnik, Hermes)
- zu Antikolonialismus (Deutsche Afrika Linie, Tomas Mirow) Zusätzlich: Gentechnik (Märka) und Antirepression (Bild, Polizei etc.)

Im Gegensatz zur mg und anderen, die die Kampagne als virtuell oder als BKA-Konstrukt abgetan oder als "Gemischtwarenladen" verspottet haben, halten wir die inhaltliche Breite und auch die Quantität der Aktionen für einen Erfolg und für eine Stärke der Kampagne.

Das, was uns vor allem gefehlt hat, ist die bereits angesprochene Bezugnahme auf andere Aktionen und vor allem die völlig ausgebliebene inhaltliche Diskussion über das politische Verhältnis der militanten und radikalen Linken zu antiimperialistischer und internationalistischer Politik und zu sozialen Kämpfen. Es ist wohl unstrittig, dass es hier einer inhaltlichen Neubestimmung bedarf. Wir können mit der Hand an der eigenen Nase feststellen, dass wir selbst auch keinen inhaltlichen Beitrag für eine Diskussion geliefert und uns auf die praktische Intervention beschränkt haben. Mehr war für uns nicht drin und vermutlich ging es anderen auch ähnlich. Einen Anfang für eine umfassende inhaltliche Neubestimmung linksradikaler Politik zu machen und neben der praktischen Aktion eine gruppenübergreifende Diskussion zu führen, wäre aus unserer Sicht aber auch das anspruchsvollste Ziel dieser militanten G8-Kampagne gewesen. Ohne diese inhaltlichen Prozesse ist zwar eine weitergehende Perspektive militanter Politik nicht entwickelbar, ohne militante Aktionen bleibt aber die inhaltliche Diskussion nur verbal-radikaler Diskurs. Insofern haben wir uns für die praktische Intervention entschieden.

Trotz des Ausbleibens einer inhaltlichen Debatte bewerten wir es als positiv, dass der Vorschlag für eine praktische internationalistische Solidarität mit sozialen Kämpfen im Trikont in verschiedenen Aktionen aufgegriffen wurde. Dieses Themenfeld war viele Jahre eine Leerstelle linksradikaler Politik. Das Gleiche trifft auf die antikolonialistischen Initiativen gegen Deutsche Afrika Linie und Mirow, den Finanzstaatssekretär, zu. Für uns hat sich gezeigt, dass der Ansatz, im Rahmen der Anti-G8-Mobilisierung "globale Strukturen kapitalistischer Ausbeutung und imperialistischer Unterdrückung hier anzugreifen" (AUGUST), eine Vielzahl an praktischen Möglichkeiten eröffnet hat, das Terrain der Auseinandersetzung nicht auf den Tagungsort beschränken zu müssen. Diese taktische Option, den Angriff auch an anderen Orten zu führen, war möglicherweise auch eine Grundlage für das sogenannte Plan B-Konzept während der Gipfeltage. Es scheint aber leider kaum umsetzbar gewesen zu sein.

Neben der ausgebliebenen inhaltlichen Debatte ist auch der Vorschlag, Verbindungen zwischen sozialen Kämpfen in der BRD herzustellen fast resonanzlos geblieben. Es gab zwar Aktionen gegen die Wirtschaftsforschungsinstitute in Kiel, Berlin und Hamburg. Konkrete soziale Kämpfe wurden aber weder direkt aufgegriffen, noch nach Verbindungslinien gesucht. Hier scheint in der radikalen Linken nach dem Scheitern der Anti-Hartz-IV- und der Anti-LidlKampagnen nicht mehr viel übrig geblieben zu sein. Verläufe und Ergebnisse von den Unterschiedlichen Kämpfen, die es gab und gibt (Opel Streik, Studiengebührenboykott, Telekomstreik, Widerstand gegen Privatisierungsprojekte staatlicher Infrastruktur- und Fürsorgeeinrichtungen) zeigen deutlich, wie isoliert diese Auseinandersetzungen stattfinden und wie entsolidarisierend der gesellschaftliche Diskurs zu den Forderungen der (unmittelbar) Betroffenen läuft. Eine Solidarisierung anderer gesellschaftlicher Gruppen oder Interventionen von linksradikaler Seite bleiben so gut wie immer aus. Die benannten Schwachpunkte verweisen darauf, dass eine radikale Linke, im Gegensatz zu den 70er und 80er Jahren, kaum noch in einem Wechselverhältnis mit breiten sozialen und politischen Massenbewegungen agieren kann. Es gibt diese Bewegungen so nicht mehr. Eine Ausnahme scheint zur Zeit die Antiglobalisierungsbewegung zu sein. Sie ist zwar diffus, nur in Teilen linksradikal geprägt, aber immerhin vergleichsweise groß und dauerhaft. Das führt jedoch mit sich, dass die relativen Erfolge der militanten Kampagne eng mit den spezifischen Bedingungen dieser Bewegung verbunden sind und sich nicht selbstverständlich auf andere "Bewegungen" übertragen lassen. Das sehr weite Themenfeld der Globalisierung macht es zwar möglich, die Überschneidungen verschiedener linksradikaler Aktionsbereiche sichtbar zu machen (zwischen Antimilitarismus und Antirassismus, zwischen Antiimperialismus und Antimilitarismus,...), für eine impulsgebende linksradikale Politik kann diese Chance aber nur produktiv genutzt werden, wenn es auch Diskussionen über Inhalte gibt, in denen sich Angriffspunkte herauskristallisieren, die breit getragen werden.

Das allgemein fehlende Wechselverhältnis zwischen politischen und sozialen (Massen) Bewegungen und radikaler Linker führt auch dazu, dass die (in der Kampagne recht ausgiebig genutzte) taktische Option, prominente und verantwortliche Konzernvorstände und Politiker_innen durch Angriffe auf ihr Privateigentum abzustrafen, zwar ein lautes Medienecho hervorruft und den Bullenapparat blamieren kann. Ein materielles und dauerhaftes Verschieben der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse könnte aber nur durch wirksame Sabotage und soziale/politische Massenkämpfe gegen konkrete Politiken durchgesetzt werden. Momentan ist aber weder die radikale Linke zu dieser Form von Sabotage materiell und logistisch fähig, noch ist beispielsweise die Antiglobalisierungsbewegung im Ganzen

eine soziale Massenbewegung gegen kapitalistische Ausbeutung (geschweige denn gegen imperialistische Unterdrückung). So werden sich viele Vorstöße vorerst darauf beschränken müssen, das Establishment mit militanten Aktionen kurzfristig zu erschrecken und unsere Vorstellungen von sozialer Befreiung indirekt zu vermitteln:
durch den radikalen Bruch mit Reformismus und Legalismus, durch gezielte Angriffe, die Personenschäden grundsätzlich ausschließen, durch phantasievolle neue Aktionsformen ...

Nach dieser thesenartigen Bewertung der Kampagne bleibt für uns vorerst folgendes Fazit: Die Kampagne hat den Zustand und die Möglichkeiten der militanten Linken unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen sichtbar gemacht. Militante Politik ist möglich, ist trotz Repression erfolgreich organisierbar, kann, wenn sie langfristig und strategisch ausgerichtet ist, zu einem politischen Faktor werden, löst aber bisher kaum mehr als klammheimliche Freude bei den einen, hektische Distanzierung bei anderen Linken aus. Bei einem medial hoch bewerteten Thema oder Event, wie dem G8 in Deutschland, kann eine Kampagne sogar mit verhältnismüßig schwachen Kräften einen politischen Punktsieg einfahren.
Wir wollen an dieser Stelle und zu diesem Zeitpunkt keine konkreten Vorschläge für mögliche Zukunftsprojekte machen. Erst mal sind wir gespannt auf weitere Wortmeldungen zur Aus-/Bewertung der militanten Kampagne. Außerdem werden die nächsten Monate vor allem wohl der Antirepressionsarbeit gehören. Wir gehen davon aus, dass die BAW ihre Aktendeckel noch nicht zugeklappt hat, dass es also weitere Razzien geben kann, und es versteht sich von selbst, dass wir alle auf jeder Ebene Druck machen müssen, um die 3 Berliner Genossen aus dem Knast zu holen und für die Einstellung der Verfahren zu sorgen. Wir denken, dass es genügend Ansatzpunkte gibt, militante Antirepressionspolitik auch thematisch offensiv zu wenden. In diesem Zusammenhang sind für uns Bullen und Justiz, aber auch die Bundeswehr, Rüstungsindustrie und alle Agenturen imperialistischer Herrschaft gute Ziele.
Wenn es uns gelingt, uns als Militante in den anlaufenden Mobilisierungen zu verankern und unseren Beitrag zu leisten, den Angriff der Bundesanwaltschaft zurückzuschlagen, gibt es auch eine neue Grundlage, über die möglichen Perspektiven militanter Politik laut nachzudenken und konkrete Projekte vorzuschlagen.

Freiheit für Axel, Florian und Oliver!
Weg mit § 129, 129a und b!

G8 2007: Mehr Aufmerksamkeit für Antirepression

Bei Polizei und Staatsanwaltschaft in Rostock wurde eine Arbeitsgruppe "Folgemaßnahmen" ingerichtet. Eine ihrer Aufgaben ist die Sichtung von Foto- und Videomaterial zur Identifizierung von T eilnehmerInnen z.B. des Schwarzen Blocks. Angedroht sind Strafverfahren gegen mehr als 1.000 AktivistInnen. Unter ihnen sind damalige Betroffene von Polizeigewahrsam - viele dieser Verfahren dürften allerdings lediglich der Legitimation dieser Masseningewahrsamnahmen dienen und womöglich eingestellt werden.
Von früheren Gipfelprotesten, aber auch von militanten Aktionen in Deutschland ist bekannt dass Monate später Hausdurchsuchungen angeordnet werden um Material zur Identifizierung zu finden: Kleidung, Schuhe oder Accessoires wie Nietengürtel, Basecaps, Buttons etc. Nach dem G8 in Genua wurde u.a. ein Büro von Indymedia durchsucht, um an mehr Videomaterial zu gelangen.
Neben 129a-Verfahren, Hausdurchsuchungen und Anwerbeversuchen ist also mit weiteren Repressalien zu rechnen.
Ein Problem für die nach dem G8 verbliebenen Antirepressionsstrukturen ist die unzureichende Kenntnis über laufende Strafverfahren und Anzeigen, aber auch Klagen gegen Polizeimaßnahmen.
Der Schweriner Innenminister frohlockt, dass es nicht mal 20 Strafanzeigen gegen Polizeikräfte gibt. Damit sei der Gipfel aus polizeilicher Sicht prima verlaufen.
Wir halten es für wichtig in die Offensive zu gehen und den Repressionsapparat bei der Abwicklung des G8-Widerstands zu bremsen. Dafür wollen wir AktivistInnen ermutigen, mittels Strafanzeigen, Widersprüchen und Klagen gegen die Polizei vorzugehen. Neben der Roten Hilfe hat auch die Camp AG ihre finanzielle Unterstützung hierfür zugesichert. Durch etwaige Verfahren können Ermittlungsmethoden und Willkür der Polizei öffentlich gemacht werden. "Kavala" könnte auf die gezielten Falschmeldungen etwa zur Legitimation von Versammlungsverboten festgenagelt werden. Wenn es gelingt eine Prozessbeobachtung zu organisieren wäre dies eine Firewall gegen den Korpsgeist der Bereitschaftspolizei: abgesprochene Aussagen, Meineide etc. Womöglich ergeben sich dabei auch "Synergieeffekte", etwa durch das Veröffentlichen von Polizei-Videos auf denen Übergriffe dokumentiert sind. Alle Verfahren bieten immer die Möglichkeit sich öffentlich zu unterschiedlichen Widerstandsformen zu verhalten.
Eine politische Aufarbeitung der Repression vor, während und nach dem G8 ist nur möglich wenn die juristischen Anstrengungen bekannt sind und dokumentiert werden können. Egal ob sich AktivistInnen, AnwältInnen oder linke ParlamentarierInnen mit der Geschichtsschreibung des G8-Widerstandes beschäftigen: Wir brauchen Informationen! Wir wollen versuchen, die Aktiven in der Antirepressionsarbeit mehr zu vernetzen und Informationen zu bündeln. Je nach Frequenz versuchen wir eine Prozessbeobachtung auf die Beine zu stellen.
* Wenn euch Strafbefehle ins Haus flattern oder ihr als ZeugInnen vorgeladen werdet: Setzt euch mit lokalen Antirepressionsstrukturen zusammen!

* Das Gleiche gilt für Anquatschversuche durch den Verfassungsschutz!
* Bitte berichtet den G8-Antirepressionsstrukturen über eure Fälle!
* Wenn ihr keine AnwältInnen habt denen ihr vertraut, meldet euch beim RAV oder bei uns!
* Uns helfen Hinweise auf Prozeßtermine. Wir können euch in Öffentlichkeitsarbeit unterstützen und Schlafplätze in Rostock organisieren.

Ihr erreicht uns unter:
g8-antirep@riseup.net
* www.gipfelsoli.org
* www.rote-hilfe.de

V.i.S.d.P.: K. Walla, Friedhofstraße 7, Berlin

Solidaritätserklärung

Anfang August diesen Jahres wurde die Verhaftung der Berliner Axel, Florian und Oliver bekannt. Sie sollen versucht haben in der Nähe von Brandenburg / Havel drei unbemannte Bundeswehr-LKW abzufackeln. Dabei sollen sie, so die Angaben der Bundesanwaltschaft (BAW), in Flagranti erwischt worden sein.
Auch wenn es fürgewöhnlich nicht den geringsten Grund dafür gibt, den Erklärungen der BAW unbesehen Glauben zu schenken: Die den drei Aktivisten vorgeworfene Tat muß vor dem Hintergrund der Geschichte eines Landes, das die Welt im 20 Jahrhundert zwei Mal mit Massenmord und Krieg überzogen hat, Anerkennung auslösen.

- Angesicht einer Bundeswehr, die zusammmen mit dem aus der Wehrmacht herrührenden Kameradenkreis der Gebirgsjäger alljährlich in Mittenwald auf dem Hohen Brendten den Schulterschluss mit NS-Massenmördern und Kriegsverbrechern pflegt;
-einer Bundeswehr, die zur "Sicherung des freien Welthandels" irgendwo am Hindukusch und an allen anderen unmöglichen Orten der Welt herum irrt;
- und angesichts einer Bundeswehr, die - und das haben die ganz wesentlich vom parlamentarischen Staatssekretär im Verteidigungsministerium und engagiertem Mitglied im Kameradenkreis der Gebirgsjäger Christan Schmidt auf die Rolle geschobenen Panzerspäh- und Tornadoeinsätze gegen die G8-Proteste von Rostock / Heiligendamm überzeugend klar gemacht - in Zukunft direkt gegen unsere legitimen Widerstände im Kampf für eine bessere Welt eingesetzt wird,

teilen wir die Auffassung, dass es viel zu viele Bundeswehr-Fahrzeuge auf der Welt gibt.
Allerdings: Mit welchen konkreten Abrüstungsinitiativen auch Bundeswehr-LKW wieder aus der Welt geschafft werden, darüber soll breit und öffentlich diskutiert werden. Viele unterschiedliche Formen und manche Methoden der politischen Dissidenz wie Resistance müssen dafür in Anschlag gebracht werden. Nicht alle, aber doch viele davon, können noch bei der Polizei angemeldet werden.
Mit einer etwaigen Verurteilung von Axel, Florian und Oliver sind wir nicht einverstanden. Keine Frage: Wir fordern ihre sofortige Freilassung. Und darüber hinaus fordern wir die vollständige Niederschlagung aller diesbezüglich anhängigen Ermittlungen, zumal auch einige von uns in den in diesem Jahr bekannt gemachten 129a-Ermittlungsakten auftauchen.
Wir werden unsere Proteste gegen das alljährliche Kameradenkreis-Bundeswehr-Treffen in Mittenwald so listig wie gewieft fortsetzen. Tätige Solidarität mit Axel, Florian und Oliver gehört ganz selbstverständlich zu dieser Praxis. Spendet Geld, was ihr könnt und stiften wir gemeinsam gegen die herrschenden unfriedlichen Verhältnisse Unruhe!

Das Mittenwald-Nachbreitungstreffen der Landesverbände Hamburg, Bremen Niedersachsen, Bayern und NRW aus der freien Asssoziation der Arbeitskreise Angreifbare Traditionspflege // Köln, den 12. Oktober 2007

Fahr zur Hölle 129a

Ein Verfahren nach §129a heißt Überwachung aller Lebensbereiche, heißt die Bullen in der Wohnung stehen haben, heißt Treffen mit Anwält_innen, heißt Nervkram ohne Ende, heißt Solidarität erfahren, heißt wissen, was sich ja eh alle denken, heißt sich anhören, dass doch eh alle abgehört werden, heißt sich umgucken, heißt ein komisches Gefühl im Bauch, heißt nicht mehr telefonieren mögen, ist die Suche nach Aktionsfähigkeit und macht irgendetwas mit unserem Leben, was wir nicht wirklich einordnen können.
Um zu verdeutlichen, in welche Bereiche ein solches Verfahren eingreifen kann wolllen wir euch einige kurze Episoden erzählen, die seit den Durchsuchungen am 9. Mai stattgefunden haben. Es handelt sich hierbei nicht um eine Analyse des Verfahrens oder eine Zeitleiste der Ereignisse, sondern vielmehr um den Versuch greifbarer zu machen, was die Repression nach §129a für Einzelne bedeuten kann.

Na, dann wird der Widerstand ja immer breiter...
Hatten viele von uns bisher noch die Hoffnung, die Repression würde sich auf einen selbst und die politische Arbeit beschränken, wurden wir spätestens Ende September eines "besseren" belehrt. Auf der Arbeitsstelle eines Beschuldigten erschienen 2 LKA Mitarbeiter und verlangten Auskunft über weitere Mitarbeiter, da diese sich bei der Abstimmung ihrer Arbeit angeblich so verhalten hätten, dass der Verdacht bestehe ein Dritter wäre geschädigt worden. Sie hätten das im Juni durch das Abhören des Telefons der Arbeitsstelle erfahren. Das heißt auch noch über einen Monat nach den Hausdurchsuchungen wird gesammelt und ausspioniert, weit über den politischen und privaten Bereich hinaus. Hierbei werden z.B. auch Mitarbeiter_innen von Betroffenen ausspioniert.

Macht nix, Geld finden wir ja eh Scheiße.
Ende Juli bekam eine Person Post von der Dresdner Bank, in der die Bank kurz mittteilt: "es ist uns leider nicht möglich, ihr Konto weiterhin zu führen" und unter Berufung auf die Allgemeinen Geschäftsbedingungen das Konto binnen weniger Wochen kündigt. Ein Grund wird nicht genannt, auf Nachfrage heißt es lediglich: "Bitte haben Sie Verständnis, dass wir uns zu den Gründen für die Kündigung der Kontoverbindung nicht weiter äußern wollen."
Das ist auch nicht nötig, denn der einzig vorstellbare Grund ist eine Reaktion der Bank auf das Einsehen der Buchungen durch das BKA. Für die betroffene Person heißt das wieder ein bisschen Ärger mehr.

"Militante linksextreme Subjekte
terroristische Vereinigung ultralinke Vögel Nein Danke" dekoriert mit einer durchgestrichenen Friedenstaube klebte einen Tag nach der Durchsuchung neben der Wohnungstür. Darunter klebte der aktuelle Spiegel-Online Artikel zu der Razzia am 9. Mai. Der Vermieter, der schon seit langem die Mieter loswerden will, war am Vortag schon von der Polizei als einziger Zeuge zur Durchsuchung gebeten worden. Die Betroffenen dagegen durften bei der Durchsuchung nicht dabei sein. Im Juni schaltet sich dann der Vermieter wieder ein und bemerkt zu Nachfragen zu den Betriebskosten: Der Hauswart "hat also auch eine gewisse Überwachungsaufgabe übernommen." Im Haus sei ein stetiges ein und aus "Wen wundert es dann, daß die Polizei

die Häuser im Auge hat, weil hier kriminelle Vereinigungen vermutet werder bzw. wurden." Seitdem gibt es angeblich vermehrt Beschwerden von Nachbar_innen, die der Vermieter in Briefen anmahnt.

Na dann erinnern die sich wenigstens an dich.
Anfang Oktober kamen Zeuginnenvorladungen des BKA gegen mehrere ehemalige Mitbewohnerinnen von Betroffenen. In dem Verfahren, das seinen bisherigen Höhepunkt in den Durchsuchungen am 9. Mai hatte (129a1), sind das neben der staatsanwältlichen Vorladung die gleich bei der Durchsuchung mitgebracht wurde, die ersten ihrer Art. Zusätzlich zu den vorhandenen Problemen kommt die Sorge um noch mehr Freund_innen.

129a für die ganze Familie
Nachdem keine der Zeuginnen mit dem BKA geredet hat (Anna und Arthur und so) waren sich die Beamt_innen nicht zu schade, bei Eltern der Beschuldigten vorzusprechen und ihnen anzubieten eine Aussage zu tätigen. Frei nach dem Motto "probieren können wir es ja mal" und "so eine Aussage" könne ja auch entlasten. Doch auch diese Tricks brachten sie nicht weiter. Alle Betroffenen - und das sind eben auch Freund_innen und Familien - brauchen breite Unterstützung.

Alle gemeinsam nach vorn.
Mitte Oktober dann die Veranstaltung der verschiedenen Soligruppen in der Roten Flora. Die Halle ist voll. Danach Fragen, Reden, Diskutieren. Es gibt Unterstützung und Zuspruch aus allen Ecken. Solidarität, die auch uns nach vorne bringt. Das BKA und die anderen Repressionsbehörden wollen uns isolieren und klein machen. Wir sollen unsere Meinung für uns behalten und aufhören uns für unsere Ziele einzusetzen. Denn wir wollen vieles anders. Wir wollen eine andere Welt, eine Welt in der es um Menschen geht und nicht um Profit. Nicht mehr und nicht weniger. Wir wissen nicht wo es hingeht, aber der Abend hat uns einmal mehr gezeigt: Sie haben den Stein erhoben und er wird ihnen auf die Füße fallen. Wir lassen uns nicht unterkriegen und werden unsere politische Arbeit weiterführen. In diesem Sinne: Gemeint sind wir alle, macht Aktionen, beteiligt euch an den Soligruppen, seid/ bleibt/ werdet kreativ.

Geld brauchen wir trotzdem und das nicht zu knapp, also spendet reichlich und sagt das auch gerne weiter. Bei dem hier angegebenen Spendenkonto handelt es sich um ein gemeinsames Konto der Verfahren von Mai und Juni (129a1 und 129a²). Auch als Versuch um zu verdeutlichen, dass bei einem Angriff auf die Linke gemeinsam reagiert werden muss.
Rote Hilfe e.V. Kto Nr.: 191 100 462
BLZ.: 440 100 46 Postbank Dortmund
Stichwort: Razzien 2007

129 bpm statt §129a. Gemeinsam Kämpfen, Streiten, Leben, Tanzen.

einige der "Betroffenen vom 9. Mai" / 129a1

Weiteres:
http://einstellung.so36.net
http://soligruppenord.blogsport.de

Schanzenturm

Die Gewaltspirale im Schanzenpark wurde in den letzten Wochen noch einmal höher geschraubt. Mitte Juli wurde eine Parkbetsucherin von einem Polizeihund angefallen und gebissen; als "Belohnung" erhielt sie dafür einen Platzverweis! Ende Juli und Anfang September wurde eine bekannte Hotelgegnerin und Mitglied des "Freien Netzwerks ..." massiv von der Bereitschaftspolizei im Park angegriffen und in Gewahrsam genommen; beide Male erlitt sie dabei Verletzungen am Körper und im Gesicht, die zum Teil notärztlich behandelt werden mussten! Zusätzlich erhielt sie, noch vor der ärztlichen Versorgung, auf der Wache einen Platzverweis! Dies ist der vorläufige Höhepunkt der Schikanierung und Repression gegen HotelgegnerInnen im Park. Hand in Hand arbeiten seit der Hoteleröffnung die im Park stationierte Bereitschaftspolizei und der von Mövenpig engagierte Sicherheitsdienst der Fa. WISAG zusammen Kurz vor der Eröffnung wurde dieser Sicherheitsdienst von zivilen Beamten des PK16 (die sog. PSchicht) sowie uniformierten Beamten ein- und unterwiesen; es gab Treffen, bei denen auch Fotomaterial über bekannte HotelgegnerInnen an Mövenpig und WISAG weitergegeben wurde. Immer mehr versuchen die Wachmänner, in die Rolle der Polizei zu schlüpfen, damit diese endlich nach über zweieinhalb Jahren aus dem Park abgezogen werden kann. Aus gewöhnlich gut informierten Kreisen verlautet, dass am Samstag, 29. September 2007, ab 19.00 Uhr im Schanzenpark ein Aktionstag gegen die Privatisierung öffentlicher Räume und die weitergehende Repression durch Polizei (auch in Zusammenarbeit mit dem privaten Sicherheitsdienst WISAG) stattfinden wird.

Mövenpig veranlasst Illegale Filmaufnahmen im Park... in den letzten Wochen wurden (vermeintliche) HotelgegnerInnen durch den Sicherheitsdienst zum Teil sehr dicht auf den öffentlichen Wegen verfolgt. In den letzten Tagen wurden die Wachleute mehrmals dabei beobachtet, wie sie mit laufender Digicam ParkbesucherInnen, die sich zwar in der Nähe des ehemaligen Wasserturms aufhielten, aber die öffentlichen Wege benutzten, gezielt verfolgt und zusätzlich gefilmt (!) wurden. Aber auch diese Dreistigkeit wird für Mövenpig und WISAG Folgen haben.

Gekündigt hat bereits zum Ende August ein Mitarbeiter der Security-Firma; er fand es nicht gut und auch unverständlich, bestimmten und unbestimmten Personen hinterher zu laufen, dafür sei seine Ausbildung doch zu gut! Nach dem ersten Wachmann, der sich versetzen ließ, ist dies bereits der zweite Abgang der "Wasserturmtruppe"; übrig bleiben diejenigen, die auch richtig "Bock" drauf haben und genau dies können wir tagtäglich erleben (s.o.)... Und noch mehr Kündigungen.

Einem Drittel der Beschäftigten wurde keine drei Monate nach Eröffnung bereits wieder gekündigt! Neueinstellungen in dieser Größenordnung wurden aber nicht vorgenommen. Andererseits wird vom Hotelmanagement eine unerwartet hohe Auslastung von 70% über den Sommmer hinweg genannt. Passt das zusammen? Es ist davon auszugehen, dass diese Auslastung, so sie denn stimmt, demnächst viel geringer wird, da z.B. Tchibo-Reisen in den Monaten September bis November Pause macht und erst ab Dezember wieder ihre Billig-Touren (zwei Übernachtungen mit Frühstück 129,- Euro) anbietet; daraus resultiert, genau so wenig wie durch zusätzliche "Mittags-Meetings" oder beworbene Abende in der "Lifestyle- Bar", aber kein Hotelbetrieb, der sich rentabel nennen kann.

Mövenpig lügt und der Leiter des Gesundheits- und Verbraucherschutzdezernats des Bezirksamtes Eimsbüttel lügt mit (Artikel in der "taz" vor einigen Wochen)! Das Rattengift war definitiv mindestens drei Wochen ohne entsprechende Warnschilder ausgelegt; trotz diverser Beschwerden; dies können verschiedene AnwohnerInnen bestätigen. Ratten gibt es schon lange im Schanzenpark, doch hier ging es um das Gift und die Kennzeichnung wegen Kindern, Hunden etc!

und lügt sie belegen ihre angebliche Akzeptanz auch gern mit Geschäftsbeziehungen im Stadtteil selbst, wie z.B. "Wir haben hier auch schon eine Wäscherei gefunden.". So wird regelmäßig ein LKW der Großwäscherei P. aus Grömitz beim Abholen und Anliefern gesehen…

und lügt und die STEG lügt mit! Aus dem Protokoll der August-Sitzung des Sanierungsbeirates Eimsbütel- Süd: "Frau Kayser informiert auf Nachfrage, dass nach Aussagen der Hotelleitung der private Ordnungsdienst lediglich auf privatem Grund tätig ist. Da einzelne Personen ein Hausverbot haben, werden sie am Betreten des Grundstücks gehindert." Wie unsere Erfahrungen zeigen (s.o.), ist die Realität ganz anders.

Ab 24. Februar 2008 ist Wahltag und der Schanzenpark wird ab diesem Datum zum Bezirk Altona gehören. Nach Informationen aus diesem Bezirk sind massive Veränderungen im Park geplant: wie schon einmal angedacht, soll der Eingangsbereich Schlump drastisch verändert werden, Abholzung, Wegfall des Lärmschutzes für die Häuser im Kleinen Schäferkamp, geringere Grünfläche, dafür aber betonierte Parkplätze, diese Pläne liegen dort in den Schubladen. Und auch der ganze Bereich an der Schröderstiftstraße ist mit in diese Planung einbezogen!

"Genießen im Wasserturm" oder der unaufhaltsame Abstieg des Thomas H. von der MoPo; früher berüchtigt als "Polizeireporter", dann als Hamburg-Reporter, nun als "Restaurant-Kritiker" unterwegs. Seine politische Analyse ("Das Experiment 'internationale Hotelgäste treffen auf Schanzenszene' ist bisher gelungen") und seine überaus positive Kritik werden ihm bestimmt den einen oder anderen billigen Abend im Mövenpig-Restaurant sichern. Gut, wenn mensch in der Nähe wohnt...

Die Boulespieler im Park sind von Vertreibung bedroht! Angeblich wurden Unterschriften gesammelt und eine Unterschriftenliste erstellt. Vorwurf: sie nutzen die Boule-Bahnen, sie unterhalten sich, sie konsumieren auch Alkohol und sie urinieren in die den Wohngebäuden angrenzende Büsche = eingeschränkte Wohnqualität! Die ersten drei Vorwürfe laufen unter "Nutzung eines öffentlichen Parks", der letzte Punkt ist sicherlich nervig, aber ein öffentliches Klo im Park würde dies verhindern (und hätte u.a. auch den uniformierten Parkbesatzern manchmal weitergeholfen!). Stattdessen über Verlagerung oder Beseitigung der Boule-Bahnen nachzudenken, ist einfach ungeheuerlich! Auf der anderen Seite gibt es einen Nutznießer dieser Überlegungen: Mövenpig würde sich über einen betonierten Eingangsbereich (s. o.) und über den fehlenden Anblick "trinkender Boulespieler" sicherlich freuen!

Hier kommt ein wenig später die verschriftliche Nachbereitung vom CCH. Mag auf den ersten Blick ein bißchen negativ erscheinen, aber wir haben versucht uns kritisch damit auseinander zu setzten.

Nachbereitungen zum Projekt Convergence Center Hamburg (CCH) in der Roten Flora

Ein Überblick

Ein Teil des Kreises, der das Convergence Center in der Roten Flora in Hamburg ermöglicht und umgesetzt hatte, traf sich Mitte Juni in der Roten Flora, um eine grobe Einschätzung über das Project Convergence Center auszutauschen und um strukturelle, politische wie persönliche Themen anzusprechen. Es gab dabei die klare Einschätzung, dass ein solches Projekt in dieser Zusammensetzung in absehbarer Zeit nicht wieder laufen wird und sich somit die vorbereitende Struktur auflösen wird. Dies liegt auch in der Kampagne begründet, welche sich gegen den G8 Gipfel in Norddeutschland entwickelt hatte und uns als Lokale in strukturelle Verantwortungen gebracht hat, die so nicht alle paar Jahre zu erwarten sind.

Die allgemeine Einschätzung war, dass das Konzept Convergence Center in der Roten Flora nach außen ganz gut funktioniert hat, zumindest in der ersten offenen Woche, aber dass intern die Verantwortlichkeiten, die Infostruktur und die Kommunikation allgemein mal gut und mal schlecht liefen. Wir hätten uns wohl viele interne Aufgaben einfacher machen können durch eine angemessenere Vorbereitung und gezieltere Struktur. Die "Basics" des Convergence Centers wie Essen, Unterkunft und Infomaterial gab es und das Feedback von Internationals war überwiegend positiv. Dennoch fanden geplante Workshops einfach aus Unübersichtlichkeit oder der manchmal überfordernden Mischung Aktionstage und Diskussionen nicht statt und mangelte es auch an Ecken, die erst auf dem zweiten Blick sichtbar sind.

Es fehlte an einem Konzept zum Einbinden von Gästen ebenso wie an regelmäßigen gemeinsamen Plena, wo Fragen und Stress thematisiert werden könnten. Es lief an vielen Punkten irgendwie mit Infopunkt, Tür und Schichten, aber das hing oft an persönlichen Initiativen und fast gar nicht an kollektiven Vorüberlegungen.

Die Stimmung in der Nachbereitungsrunde war sehr unterschiedlich und sowohl das Artcore-Projekt, dass einen eigenen Bereich autonom organisiert, als auch eine Beteiligte des FrauenLesben Raumes, die auf dem Nachbereitungsplenum anwesend war, waren ziemlich zufrieden mit dem Verlauf und den Ergebnissen ihrer Bereiche.

Mit Sicherheit wäre allen Beteiligten geholfen gewesen, wenn mehr Pausen und Teilnahme am internationalen Austausch ermöglicht worden wären und wir uns auf wesentliche Bereiche konzentriert hätten. Die zweite Woche hätte nach Aussage der dann Anwesenden das Convergence Center geschlossen werden müssen oder nur ein Infotelefon besetzt werden können, da es kaum genutzt wurde und die Stimmung dementsprechend schlecht war.

Im Folgenden sind noch einmal einzelne Aspekte der Diskussion und der Konflikte wie auch positiven Erfahrungen zusammengefasst. Die Widersprüchlichkeiten sind eine Folge der unterschiedlichen Erwartungshaltungen und subjektiven Ausschnitte des ziemlich heterogenen Projektes.

Erwartungen
Als erstes gab es einen Austausch über die Erwartungen der rund 25 Anwesenden. Als Punkte wurden benannt:
Es wurden viel mehr Leute in Hamburg erwartet und auch mehr Mitarbeit von anderen AktivistInnen in Hamburg außerhalb des Vorbereitungskreises. Es gab von Teilen einen hohen Anspruch an die Gruppe und der Wunsch nach Austausch, der über die persönliche Ebene hinausgeht. Ein Ziel war, sich im Convergence Center international über politische Kämpfe auszutauschen.
Durch die Überforderungen im Vorfeld wurden wesentlich größere Probleme erwartet. Es gab zu hohe Erwartungen an uns selbst. Da alle in so vielen AGs gleichzeitig waren ist klar, daß alles so chaotisch gelaufen ist. Es gab aber auch Menschen, die im Vorfeld mitbekamen, dass Hilfe benötigt wird und daher eingestiegen sind und viel Hilfe aus unerwarteter Richtung kam, z.B. von motivierten Einzelpersonen, die viele Schichten übernahmen.

Das CCH wie es dann stattfand
während der Zeit des Convergence Centers wurde deutlich, dass zu viel Arbeit im Vorfeld in praktisch unwichtige Bereiche gesteckt wurde, die dann niemand genutzt hat. Es fehlte an einer Prioritätensetzung, welche Infrastruktur z.B. als erste geknickt werden würde, wenn Kapazitäten fehlen und individuelle manchmal schnelle Entscheidungsfindung war belastend. Einzelne Leute waren tagein tagaus in der Flora und andere nur sehr sporadisch, dies führte auf beiden Seiten zu unwohl-Gefühlen und Erwartungshaltungen, die in stressigen Situationen durch mehr ausgesprochene Anerkennung hätte entschärft werden können. Teilweise gab es doppelte Nachtschichten und mehr Leute als benötigt und dann wieder viel zu wenige. Es gab keinen Überblick, wer wo ist und das Chaos hatte mehr Arbeit zur Konsequenz. Daher gab es auch schon mal emotionale Zusammenbrüche, weil so viel Energie mit wenig Resultaten gezogen wurde.
Der ganze Vorbereitungskreis war viel zu groß, um sich als Gruppe zu fühlen, aber irgendwie gab es gar keine richtige Struktur, Kleingruppen hätten vieles erleichtert. Wichtig wäre auch gewesen, sich emotional klarer austauschen zu können. Die Wissenshierarchien waren auch dadurch gegeben, dass sich Leute an Treffen nicht beteiligt hatten.

Die erste Woche und die Aktionstage in Hamburg
Es lief nicht alles so wie es angedacht war aber in der ersten Woche war eine gute Stimmung und es gab einen lebendigen Austausch. Es gab aber auch Verantwortungsprobleme, z.B. Menschen, die Schichten übernommen hatten aber gleichzeitig bei Aktionen riskierten weggehaftet zu werden, was auch an einem Tag zu Einbrüchen in der Schichtbesetzung geführt hatte. Es war enttäuschend, was die Gruppe angeht und es gab weder Absprachen noch regelmäßige Plena. Das Convergence Center hatte nicht die gewünschten Auswirkungen der Vorbereitung auf Heiligendamm, es bildeten sich z.B. kaum Bezugsgruppen. Durch die fehlende Einbindung war das CCH eher ein Service-Point als ein Ort der kollektiven Selbstorganisation. Es waren auch Leute positiv überrascht, wie viele Menschen in Hamburg waren vor dem Gipfel und für die ASEM Demo und dass viel gelaufen ist in der Aktionswoche. Es war gut und wichtig, dass es die Sprechstunden der Roten Hilfe gab und der Raum Flora bot eine gefühlte Sicherheit in der Zeit der Aktionen, wo Austausch und Ruhe Platz fanden. Es war nicht klar, was wie wem wichtig war und es waren immer die gleichen Leute weg auf Aktionen wärend die gleichen Gesichter durchgängig die Schichten abgefangen hatten. Es gab das Gefühl, sich gut einbringen zu können in Aktionen und auch eine entgegengesetzte Position, die meinte, dass es viel zu wenig Zeit gab, teilzunehmen an den Protesten und dass niemand kennengelernt wurde und an keinem Workshop teilgenommen wurde. Es haben sich auch Leute rausgezogen aus der Infrastruktur, da der Austausch und Kontakt mit den Gästen wichtiger angesehen wurde. Da stellte sich auch die Frage, ob wir eigendlich alle ähnliche Ziele mit dem CCH verbanden oder warum wir das eigendlich machen. Das hätte schon vorher geklärt werden können und müssen.

Die zweite Woche und der Abbau
Die zweite Woche hätte für einige frustrierender nicht sein können. Es hat gar nichts geklappt, es gab keine Struktur, mensch hat sich überflüssig gefühlt und es ist auch keine Plan-B Situation eingetreten. (Es gab in der Mobilisierung das Konzept von dissent! wärend des Gipfels bei Bedarf als Plan-B zurück in eine der Großstädte zu mobilisieren um dort weiterzumachen, dabei war auch Hamburg im Gespräch) Es hätte wohl auch nicht geklappt das CCH wieder "hochzufahren" wenn der Plan-B in Hamburg stattgefunden hätte. In der zweiten Woche kamen kaum Infos über die Situation vor Ort in Hamburg an. Die MelderInnenstruktur funktionierte so gar nicht in der zweiten Woche, so als wenn Hamburg plötzlich nicht mehr existiert hätte, nur weil die Leute in Heiligendamm waren. Dabei war vereinbart worden, den Infopunkt im CCH auf dem Laufenden zu halten. Zum Abbau des Convergence Centers und direkt nach dem Gipfel kam kaum jemand wieder vorbei. Das war nochmal besonders blöd für die, die dageblieben waren. Insgesamt wurde die Öffnung der Roten Flora für zwei Wochen als Fehlentscheidung gesehen.

zur Rolle des FrauenLesbenTrans Raumes
Von der anwesenden Einzelperson wurde benannt, dass es gut war, dass es den Raum gab auch wenn wenige Frauen von außerhalb Hamburgs ihn genutzt haben. Vernetzungstechnisch für Hamburg war es gut und auch, dass das Thema Übergriffe präsent war und der Umgang damit im allgemeinen CCH seinen Platz hatte und damit als wesentlich anerkannt wurde. Es gab Grenzüberschreitugen, die aber nicht an sie herangetragen wurden. Warum muß geklärt werden aber insgesamt lief es gut und wurde auch von allen in der Nachbereitung nochmal bekräftigt, dass es viel öfter solche Räume geben sollte.

zur Rolle der Roten Hilfe
Nach Ansicht der Roten Hilfe war der angebotene Rechtshilfeworkshop super und wurde sehr gut angenommen. Viele Basisfragen wurden in den täglichen Sprechstunden geklärt und es gab Bedarf und Auseinandersetzung mit dem Thema Represssion. Der Infotisch mit vielsprachigen Materialien wurde ebenfalls genutzt.

zur Rolle des ArtSpace
Die Gruppe Artcore fand es super, den ArtSpace gestaltet und gefüllt zu haben. Dort wurden Aktionsmaterialien hergestellt und Transpis gemalt. Sie haben vieles von dem was geplant war nicht gemacht und über den Haufen geworfen aber fanden die Autonomie gut und die Vernetzung hat gut geklappt, da es viel Zeit gab mit Gästen zusammen was zu machen.

Konsequenzen für die Rote Flora
Das Positivste am ganzen CCH wurde von einigen in den Resultaten für die Flora selbst gesehen, da sie als besetztes Hausprojekt an internationaler Bekanntheit gewonnen hat und auch die Öffentlichkeit rund um den G8 Gipfels gut genutzt wurde. Die Begegnungen waren interessant und es war cool, die Flora als offenen politischen Raum zu erleben.

Was bleibt
Es gibt eine Erleichterung das es vorbei ist und wärend einige sich so ein Projekt gut noch einmal vorstellen können, haben andere keine Motiviation, sowas nochmal zu

machen. Aus der Vorbereitungsgruppe hat vorher keiner so ein Projekt schonmal geschmissen und dafür ist es lehrreich gelaufen und gut für die hamburger radikale Linke gewesen. Zum durchpowern braucht es mehr Zuneigung und das Gefühl, emotional aufgefangen zu werden. Leute mit Erfahrungen einzubeziehen wäre nicht schlecht gewesen, da wir hätten wissen müssen, dass uns einige Bereiche überfordern werden. Alle hätten mehr Auszeiten gebraucht (Badewanne) aber nur wenige haben sie sich genommen. Leute von Außerhalb brauchen auch nen Tritt, dass sie sich mehr einbringen, auch wenn sie eigentlich Bock haben sich einzubringen. Mehr Ehrlichkeit gegenüber sich selbst und gegenüber der Gruppe im Vorfeld ist bessser als gemeinsamer Enthusiasmus ohne Basis. Anerkennung muss öfter geäußert werden und der Bedarf nach Hilfe muss klar und deutlich vermittelt werden. Kommunikation ist der Dreh- und Angelpunkt. Es wurde auch genannt, dass viele etwas zusammen gemacht haben, die sonst nie zusammenarbeiten und dass es eine Erfahrung war, aus der sich privat wie politisch viel rausziehen liesse.

Ein Teil des Convergence Center Hamburg, Juli 2007



Unser Haus ist bedroht!

Hintergrund

"Unser Haus e.V." ist ein selbstverwaltetes Jugend-, Freizeit- und Kulturzentrum in Bergedorf, das als Träger der freien Jugendhilfe öffentlich anerkannt ist.
Es besteht seit Anfang der 80iger, und wurde durch mehre Hausbesetzungen mit anschließenden Räumungen, Demos und Festivals erkämpft, und ist dementsprechend ein Teil der damaligen Jugendzentrumsbewegung. Von Anfang an versuchte die CDU eine Etablierung eines selbstverwalteten Hauses in Bergedorf zu verhindern. Um die "Unruhestifter" aber endlich von der Strasse zu bekommen, wurde den Jugendlichen schließlich doch als Provisorium das Haus in der Wentorferstrasse angeboten. Dies wurde gezwungenermaßen angenommen.
Bis heute bietet das Haus einen Raum für jugendliche und jung gebliebene Erwachsene unterschiedlichster Herkunft und Interessen.
Durch das Café Flop ist "Unser Haus" täglich (bis auf dienstags) geöffnet, und bietet allen Interessierten einen ersten Anlaufpunkt.
Das Haus und der Verein sind darüber hinaus das Dach für weitere eigenständige Gruppen mit teilweise sehr unterschiedlichen Zielsetzungen, vom Tanzen bis zur antifaschistischen Aufklärungsarbeit. Zur Erhaltung und zum Ausbau des Hauses ist ein Austausch der Gruppen untereinander unbedingt notwendig und gegenseitige Unterstützung wünschenswert - ohne den Zwang, Inhalte anderer Gruppen mitzutragen.
"Unser Haus e.V." ist ein Verein, der Raum für politische, kulturelle und soziale Jugend- und Freizeitarbeit anbietet. Dieser Raum ist für alle Menschen offen, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen wollen und bereit sind dafür verantwortlich einzustehen.

And now?

Einige Nachbarn haben vor geringer Zeit eine zivilrechtliche Klage gegen Unser Haus e.V. eingereicht. Dort ist enthalten, dass diese Nachbarn vom formalen Vorstand des Vereines, der ausschließlich aus ehrenamtlich tätigen Jugendlichen besteht, bis heute verlangen eine Unterlassungserklärung zu unterzeichnen. Diese Unterzeichnung würde dazu führen das jeglicher Verstoß (Ruhestörung) mit bis zu 250.000 Euro geahndet wird. Wenn der Verein gerichtlich dazu gezwungen wäre dies zu Unterzeichnen, würde dieser sich vorher auflösen und somit das Haus verlieren. Es wurden immmer wieder Kompromisse von dem Haus beschlossen (z.B. statt zwei, nur noch ein Konzert im Monat welche aus Rücksicht schon um 24 Uhr endeten). Doch nichts hat genutzt und es wird langsam erkennbar, dass es einfach das Ziel ist "Unser Haus" zu vertreiben! Denn jedes Auto das die Wentorfer Straße (Bundesstrasse!!!) entlang fährt ist lauter als der normale Cafebetrieb im Cafè Flop!

Action is on!

Unser Haus ist ein extrem wichtiger lokaler Freiraum für soziale Bewegungen. Ohne die Nutzung eines solchen Freiraumes wäre beispielsweise der antifaschistische Protest gegen die Nazikundgebung in Bergedorf am 10.02.2007 nie so groß ausgefalllen. Auch dem Umsonst und Draußen Festival Wutzrock bietet "Unser Haus " die Grundlage zur Organisation des Festivals und wird von Aktivisten des Hauses getragen. Seit Mai findet auch monatlich ein Antifacafe statt. Darum bitten wir euch uns dabei zu helfen, Druck auf die Gerichte und amtlichen Stellen aufzubauen! Die Gerichte dürfen selbstbestimmte Jugendarbeit nicht der Überempfindlichkeit einiger weniger Nachbarn unterordnen. Die Stadt Hamburg und der Bezirk Bergedorf sind unserer Meinung nach in der Pflicht, uns einen angemessenen Freiraum zu geben und zu erhalten. Würde dieser uns genommen werden, sehen wir uns dazu gezwungen uns selbst etwas schönes zu suchen.

Beteiligt euch an direkten, kreativen Aktionen! Werdet selbst aktiv!
Autonomer Antifaschismus braucht selbstbestimmte Freiräume!

Termine:

03.11 Treffen: 10:00 Uhr Beginn: 11:00 Uhr
Unser Haus e.V.
Symbolischer, schweigender Trauerzug durch Bergedorf mit Beisetzung von selbst bestimmter Jugend und Kulturarbeit.
Es soll ein Trauerzug sein, deswegen ist tragen der Farbe schwarz erwünscht.

Jeden 3. Freitag im Monat um 19 Uhr
UnserHaus e.V.
Monatliches Stadtteil Antifa- Cafè
07.11 XX Uhr
Landgericht Hamburg
Erste Mündliche Verhandlung

News folgen unter: uagb.blogsport.de

Undogmatische Antifa Gruppe Bergedorf [uAGB]

Antifeministischer Rollback
in linken und subkulturellen Zusammenhängen

Seit Mai 2007 kursieren innerhalb linksradikaler und subkultureller Zusammenhänge Hamburgs zwei Texte, die eine Reaktion auf einen öffentlich gemachten Vergewaltigungsvorwurf (siehe Zeck Nr. 139) darstelllen. Es handelt sich um eine einseitige Stelllungnahme vom "Fischkopp-Plattenshop" und ein vierseitiges Statement von "Freundinnen, Freunden und Bekannten des Mannes, dem vorgeworfen wird, ein Vergewaltiger zu sein."
Besonders der letzt genannte Text soll im Folgenden Gegenstand der Auseinandersetzung sein, da er exemplarisch einige immer wiederkehrende Argumente beinhaltet, die gegen pro-feministische und antisexistische Grundlagen aufgeführt werden. Dies bedeutet nicht, dass der Text vom Fischkopp außen vor gelassen wird, da er sich explizit positiv auf die Aussagen der "Freundinnen, Freunden und Bekannten des Mannes, dem vorgeworfen wird, ein Vergewaltiger zu sein" bezieht.

Hier stellt sich zunächst die Frage, ob und wie mit solchen Statements umgegangen werden soll/kann, da die Texte zwar vorgeben, an einer ernsthaften politischen Auseinandersetzung interessiert zu sein, jedoch immer wieder in eine verhöhnende und giftige Polemik verfallen. Diese Texte haben offensichtlich das Anliegen, die Glaubwürdigkeit der betroffenen Frau zu untergraben und diese so öffentlich quasi zum Abschuss freizugeben. Neben dieser offensichtlich absolut unakzeptablen Ebene der Auseinandersetzung stellen diese Texte jedoch auch den Versuch dar, antifeministische Positionen zu verbreiten und als legitime Positionen zu etablieren.

Rollback
Besonders der Text der "Freundinnen…" transportiert über weite Strecken einen Umgang mit sexualisierter Gewalt, wie er auch für die Mehrheitsgesellschaft typisch ist. In der Regel bedeutet dies, dass alltägliche Gewalt gegen Frauen bagatellisiert und lediglich in Extremfällen voyeuristisch ausgeschlachtet und skandalisiert wird. Natürlich ist es nichts neues, dass solche Versatzstücke aus bürgerlichen Ideologien und Meinungsbildern immer auch in den Köpfen von linken Szeneaktivist_innen präsent sind und damit eben auch Teil einer Auseinandersetzung sind, die notwendiger Weise über sexualisierte Gewaltverhältnisse geführt werden müssen. Allerdings hat es schon eine besondere Qualität, dass nun antifeministische und frauenfeindliche Positionen so offen in die Szene getragen werden, wie mit den beiden oben genannten Texten geschehen. Letztendlich macht sich auch hier ein gesellschaftlicher Rollback fest, der nicht nur erhebliche politische Substanzverluste in der Linken dokumentiert, sondern auch in erschreckender Weise die ganz praktischen Konsequenzen daraus offenbart. Dies kann nur bedeuten, sich verstärkt dieser Auseinandersetzung stellen zu müssen, so ätzend das in einigen Fällen auch sein mag.
Das gilt gerade auch für die erwähnten Statements, die sich zwar auf einen vermeintlichen Einzelfall beziehen, aber dabei nahezu die gesamte Palette antifeministischer Standardparolen auffahren. Eigentlich altbackene Klassiker, die schon immer gegen die Frauenbewegung ins Feld geführt wurden, aber im Zuge des allgemeinen neokonservativen Rollbacks nun eine immer stärkere Renaissance in der öffentlichen Meinung erfahren. So ganz scheinen die letzten 30 Jahre dann allerdings doch nicht an den Verfasser_innen der Statements vorbeigezogen zu sein, was das Abarbeiten an dem Begriff der Definitionsmacht veranschaulicht. Rhetorisch werden dabei dann erstmal die ganz alten Hüte hervorgekramt, denn natürlich wird auch hier vorgegeben, dass die Verfasser_innen eigentlich ein echtes politisches Interesse an der Definitionsmacht haben und dementsprechend den ihrer Meinung nach inflationären Umgang mit dem Begriff der Vergewaltigung beklagen. Beide Texte beziehen sich positiv auf den Täter, während der Vorwurf der Vergewaltigung als falsch abgetan wird. Über diese (wenig überraschende) Ebene hinaus liefert besonders der vierseitige Text der "Freunde" des Vergewaltigers ein Beispiel dafür, wie innerhalb von Vergewaltigungs-Diskussionen feministische und antisexistische Standards nicht nur in Frage gestellt werden, sondern aktiv bekämpft werden. Da dies anhand des Vorwurfs des "inflationären Gebrauchs" und der "Verramschung" des Begriffs der Vergewaltigung im Besonderen erfolgt, wird geschickterweise der Vorwurf, die Definitionsmacht nicht anzuerkennen, versucht zu umgehen.

Definitionsmacht ja, aber…
Um zu verdeutlichen was für sie als "echte Vergewaltigung" gelten darf, wird detailreich ein Horrorszenario beschrieben, in dem eine chilenische Frau immer wieder von mehreren Männern auf brutalste Weise vergewaltigt wird.
Es ist so billig wie blöd, aber dieses Beispiel wird anschließend ins Feld geführt, um anderen Frauen ihre Definition von erlebter Gewalt abzusprechen, wenn diese dem geschilderten Horrorszenario nicht gleicht, da laut der Verfasser_innen ansonsten eine "inflationäre, nivellierende und relativierende Rezeption" stattfinden würde. Und nicht nur das, vielmehr wird betroffenen Frauen der Vorwurf gemacht, "(...) eine Relativierung und einen inflationären Ausverkauf des Vergewaltigungsbegriffs und damit eine nachträgliche Erniedrigung, Verhöhnung und Beleidigung aller Opfer von sexistischen Gewaltverbrechen (...)" zu betreiben.
Wie gesagt, es sind die immer wieder gleichen alten Argumentationen, die hier zum Zuge kommen und nichts anderes beabsichtigen, als Frauen die Definitionsmacht darüber, was sie als erlebte sexualisierte Gewalt definieren und was nicht, absprechen. Es ist unbestritten, dass es Gewaltexzesse wie der geschilderte gegen Frauen gibt, aber es ist mehr als bezeichnend, wenn nur diese als quasi nicht mehr zu übersehende Spitze des Eisbergs als Vergewaltigung anerkannt werden. Hier spiegeln sich konservative Weltbilder wider, in denen die Definitionsmacht nicht nur gar nicht existent sein darf, sondern die zugrunde liegende Definition von Vergewaltigung auch noch gegen Frauen verwendet wird, um diese zum Schweigen zu bringen. Vergewaltigungen, die nicht dem geschilderten Horrorszenario entsprechen, werden damit zu kaum mehr als Beziehungsproblemen psychisch instabiler Frauen erklärt und negieren faktisch den größten Teil sexualisierter Gewalt.

Da hilft es auch nichts, wenn die Autor_innen vollmundig betonen, eine "eindimensionale durch einen patriarchalen Wertekanon geprägte Auslegung des Vergewaltigungsbegriffes, wie sie im bürgerlichen Gesetzbuch verankert ist", abzulehnen. Letztendlich tun sie aber genau das - und noch schlimmer, sie fallen mit ihrer vorgenomm-



menen Definition von Vergewaltigung noch hinter diese zurück, denn sie erinnert fataler Weise schon fast an Gesetzgebungen aus dem Mittelalter, wo Vergewaltigung, wenn überhaupt, nur anerkannt wurde, wenn Frauen dies durch erhebliche physische Verletzungen belegen konnten. Andernfalls wurde ihnen eine Allein- oder Mitschuld zugewiesen.
Zwar wird auch den Autor_innen klar, dass es das so ganz nicht gewesen sein kann und so fällt ihnen durchaus ein, dass es wortwörtlich vielleicht doch "viele Formen der Vergewaltigung gibt: Von plakativer physischer Gewaltanwendung bis zu sexuellen Handlungen, die durch subtile psychische Einschüchterung erzwungen bzw. von den Opfern erpresst werden." Die Argumentation räumt also zunächst ein, dass es vielfältige Formen von Vergewaltigung gibt, doch trotz dieser Einsicht wird in eben diesem Fall der betroffenen Frau NICHT zugestanden, dass sie die erlebte Gewalt als Vergewaltigung benennen darf. Die Definitionsmacht wird also nicht anerkannt, sondern (wieder einmal) von außen zu gestanden - oder eben nicht.
Und so verwundert es dann auch nicht, wenn die "Freundinnen, Freunde und Bekannte des Mannes, dem vorgeworfen wird, ein Vergewaltiger zu sein" dann auch selbst die Definitionshoheit darüber erheben, ob das, was ihr Freund der Betroffenen angetan hat, als Vergewaltigung benannt werden darf - oder eben nicht. Die Definitionsmacht wird somit nicht nur nicht anerkannt, vielmehr wird hier eine ideologische Grundlage geliefert, die Definitionsmacht generell argumentativ auszuhebeln.

Glaubwürdig?
Ein weiterer Klassiker, der in Vergewaltigungsdiskussionen beständig aufgefahren wird, ist die Diskussion um die Glaubwürdigkeit der Frau. Dabei ist es nie allein ihre Aussage, die gilt, sondern die regelmäßig und systematisch aufgeblasenen Szenarien aus irgendwann und irgendwie von irgendwem geäußerten Details, die nun nach vermeintlichen Widersprüchen abgeklopft werden. Diese werden im Handumdrehen herangezerrt und nun quasi als Beweismittel gegen die Frau verwendet. Die Logik ist dabei schon sehr absurd - präsentiert sich die Betroffene nicht als das "perfekte Opfer", steht ihre Glaubwürdigkeit generell in Frage.
In den vorliegenden Texten ist dieses Vorgehen regelrecht als Kampagne inszeniert, womit sich die Autor_innen nicht nur selbst aus der Verantwortung ziehen wollen, da das Augenmerk statt auf den Umgang mit dem Täter einzig auf die Glaubwürdigkeit der Frau gelenkt wird. Sie bedienen damit auch die in linken Kreisen weit verbreitete "Definitionsmacht, ja aber…" Mentalität. Diese verkündet zwar offen, das Prinzip der Definitionsmacht generell anzuerkennen, nur um diese anhand beschriebener Unglaubwürdigkeitsunterstellungen quasi durch die Hintertür wieder auszuhebeln. Denn wem nicht zu glauben ist, dem ist auch keine Definitionsmacht zuzugestehen. Hinter einer solchen Argumentation steht immer, dass die Definitionsmacht eben nicht anerkannt wird, sondern von außen kontrolliert und zugewiesen werden sollte.
Als weiteres immer wieder kehrendes Muster wird diese Debatte dann auch noch auf den Freundes- oder Untertstützer_innenkreis der betroffenen Frau ausgeweitet, die sich nur profilieren wollten…
Der Vorwurf, die Unterstützer_innen wollen sich durch ihre Rolle innerhalb dieses Konfliktes lediglich profilieren, zielt ebenfalls darauf ab, die Position der Betroffenen zu schwächen, indem durch die Verbreitung von Lügen über die Unterstützer_innen gleichzeitig versucht wird, einen Keil in Form von Misstrauen und Zweifeln zwischen die Betroffene und die, die sie unterstützen, zu treiben. Konsequenz ist jeweils, die Betroffene zu entmündigen und zum Schweigen und zum Rückzug zu zwingen.

"Generalverdacht"
Ein weit reichendes Resultat der Untergrabung der Glaubwürdigkeit einzelner ist ein so geschürtes generelles Misstrauen gegenüber Veröffentlichungen von sexualisierter Gewalt im Allgemeinen. Dieser "Generalverdacht" unterstellt erstmal jeder Betroffenen, die die erfahrene Gewalt öffentlich macht, dass diese die Unwahrheit sagt und eventuell lediglich Ziele wie persönliche Rache verfolge oder schlichtweg Aufmerksamkeit erheischen wolle.
Diese Konsequenzen haben Signalwirkung, nicht nur für die, die die Definitionsmacht nicht anerkennen oder die "Definitionsmacht ja, aber...."-Fraktion, sondern auch für die, die sexualisierte Gewalt erfahren haben oder potentiell erfahren könnten. Denn aufgrund der breiten öffentlichen Diskussionen, die z.B. durch einen solchen Text entfacht oder zumindest öffentlich gemacht werden, wird jeder (potentiell) Betroffenen klar, mit welchen Konsequenzen sie im Falle einer Veröffentlichung zu rechnen hat. Und ob sich irgendjemand genau diesen Diskussionen, Vorwürfen und Infragestellungen aussetzen will, ist zweifelhaft. Somit ist im Prinzip auch der Vorwurf, sich durch eine Veröffentlichung lediglich persönliche Genugtuung zu verschaffen, bereits ziemlich absurd, da die Folgen einer Veröffentlichung offensichtlich erstmal vor allem für die betroffene Person selbst absolut fatal sind. Zumal sich die öffentliche Aufmerksamkeit in erster Linie auf das Schicksal des Täters, der stigmatisiert und (zu unrecht...) verfolgt wird, richtet. Dies macht sich an obligatorischen "Rufmord"-Vorwürfen fest.

Schriftliche Statements wie das der "Freunde" und "(Zeit)Zeugen" oder auch des Fischkopp-Kollektivs, das sich explizit positiv auf Aussagen der Freunde des Täters bezieht, diskreditieren nicht nur einzelne Individuen, sondern bieten vielmehr

eine ideologische Grundlage, sexualisierte Gewalt und vor allem deren öffentliche Thematisierung zu bagatellisieren und zu stigmatisieren. Solche "Argumente" werden traditionell ins Feld geführt um feministische Positionen zu bekämpfen und damit den Kampf um antisexistische Standards zu untergraben. Sie sind frauenfeindlich und Teil eines patriarchal-konservativen Weltbildes. Wer mit solchen Positionen und Definitionen von Vergewaltigung in Verbindung mit Vergewaltigungsmythen auffährt, wird immer zu dem Schluss kommen, dass Frauen, die ihre Gewalterfahrungen benennen, nicht glaubwürdig sind. Diese Texte sind aktiver Täterschutz und die Autor_innen haben sich offensichtlich schon lange von linken bzw. politisch-emanzipatorischen Grundstandards verabschiedet.

Zum Schluss:
Pro-feministische und antisexistische Standards wie Definitionsmacht und Parteilichkeit sind nicht vom Himmel gefallen, sondern mussten in einem jahrelangen Prozess erarbeitet und erkämpft werden. Im Hier und Jetzt, egal ob in der bürgerlichen Mehrheitsgesellschaft oder eben einer Szene, die sich mal emanzipatorische Ziele gesetzt hatte, sind jedoch selbst diese Standards offensichtlich nicht selbstverständlich und schon gar nicht garantierbar. Vielmehr ist hier, gerade in der linksradikalen Szene, ein Rollback zu beobachten, dessen fatale Folgen noch nicht im Ganzen absehbar sind. Dies verdeutlicht auch das unglaublich katastrophale Niveau, auf dem die derzeitigen Diskussionen über eben diese Positionen und den öffentlichen Vorwurf einer Vergewaltigung im Besonderen, zur Zeit verhandelt werden. Wenn Frauen / Betroffene sich vor eben diesem Hintergrund lieber aus dem Fenster stürzen oder die Koffer packen, anstatt eine Vergewaltigung zu veröffentlichen, ist das mehr als nachvollziehbar. Bevor das aber zum Normalzustand wird, sollte der eigene antisexistische Anspruch und die damit verbundenen praktischen Konsequenzen endlich als notwendig anerkannt - und vor allem - umgesetzt werden.

Dokumentation:
Aktion gegen MAN in Otelfingen

Flammende, kommunistische Grüsse, haben wir bei der MAN in Otelfingen hinterlassen, für die vier in Berlin verhafteten Genossen und Marco Camenisch der sich im Hungerstreik befindet, hinterlassen. Ihnen wird die Mitgliedschaft in der "mg" (Militante Gruppe) vorgeworfen. Damit greifen wir die Aktion gegen MAN auf, an der die Drei beteiligt gewesen sein sollen.

Während drei der Genossen angeblich auf frischer Tat ertappt wurden, wurde dem vierten sonstige politische Arbeit zum Verhängnis. Er soll in seinen Texten Begriffe, Ausdrücke und anderes verwendet haben die die "mg" ebenfalls verwendet hat, in ihren Erklärungen und den sonstigen Publikationen. Dies haben die Chergen des Kapitals mittels Auswertung von Internetverbindungen und der Verfolgung von Google-Anfragen rausgefunden. Dass die thematisierung von beispielsweise Stadtentwicklung die Verwendung von ähnlichen oder gar gleichen Begriffen voraussetzt oder zumindest begünstigt scheint klar. Der vierte Verhaftete und die "mg" haben dies thematisiert. Für den deutschen Staat ist dies allerdings schon Beweis genug, dafür ist der Paragraph 129a (terroristische Vereinigung) schliesslich da. Kritisch sein macht gefährlich! Er wurde inzwischen wieder auf freien Fuss gesetzt, die Anschuldigungen bleiber aber bestehen.
Die anderen drei Verhafteten waren allem Anschein nach ebenfalls schon länger im Visier der Staatsschützer und wurden nun festgenommen. Die Staatsanwaltschaft bringt sie in Zusammenhang mit der "mg" weil Ziel, Tatzeit und Tathergang übereinstimmen. Dass das allerdings weit hergeholt ist scheint klar, schliesslich sind Anschläge gegen die Bundeswehr und ihre Lieferanten nicht nur Sache der "Militanten Gruppe" und dass dies nicht mitten am Tag geschieht liegt auch in der Logik der Sache.
Ob die drei Genossen nun an der Aktion beteiligt waren oder nicht, ob sie zur "mg" gehören oder nicht spielt für uns eine untergeordnete Rolle. Unsere Solidarität gilt allen vier und natürlich der Struktur die mit diesem Angriff gemeint war.

Schreckgespenst "mg"
Brennende Luxuskarossen der deutschen Wirtschafts- und Politführung, als direkte Aktionen gegen Sozialabbau und Ausbeutung, Anschläge gegen Polizeiautos und damit den Repressionsapparat. Gegen den Konzern MAN der die deutsche Bundeswehr beliefert, die damit die imperialistischen Gelüste der Bourgeoisie, z.B. in Afghanistan, umzusetzen versucht.
Das alles wäre, in Zeiten von Terrorhisterie, Erklärung genug um die Hetze und den Schlag gegen angebliche Mitglieder der "mg" vor dem G8 in Heiligendamm, die Observierungen und anschliessenden Verhaftungen vor einem Monat zu erklären. Es geht aber um mehr!
Die "Militante Gruppe" ist angetreten in der Praxis mit Aktionen, sie sind Angetreten auch auf einem theoretischen Feld um die Diskussion über militante, kommunistische Politik zu führen.
Diese Theorie und die dazugehörende Praxis die die "mg" immer in Verbindung mit der Ausbeutung und der Repression, des imperialismus und der damit verbundenen Kriegsführung gebracht hat macht sie zur Zielscheibe. Die Kontinuität und dass die Diskussionen aufgenommen wurden lässt den Bourgeois und Staatsschützern keine Ruhe.
Natürlich auch nicht in dem Jahr in dem sich die Ermordung der Gefangenen aus der RAF im Stammheimer Knast zum 30sten mal Jährt. Desshalb werden alle Anstrengungen unternommen diese Struktur zu zerschlagen. Wichtig ist aber dass die Diskussionen weitergeführt und die Praxis weiterentwickelt wird.

In diesem Sinne Grüssen wir auch die Gefangenen in Italien die am 12. Februar, wegen des Aufbaus der PC p-m, verhaftet wurden. Im speziellen auch Marco Camenisch im Hungerstreik und denjenigen sie sich im Solidaritäthungerstreick befinden.

mg (militante GenossInnen)

Quelle: http://ch.indymedia.org/

Totalverweigerung

"Die Bundeswehr als Instrument einer umfassend angelegten, vorausschauenden Sicherheits- und Verteidigungspolitik sichert die außenpolitische Handlungsfähigkeit, leistet einen Beitrag zur Stabilität im europäischen und globalen Rahmen, sorgt für die nationale Si-



cherheit und Verteidigung und fördert multinationale Zusammenarbeit und Integration"

Das Militär zieht mich ein und ich geh nicht hin.

Einen Ersatz für meine Kriegsdienstverweigerung werd ich nicht leisten, weil ich mich lieber für eine ersatzlose Überwindung von Massenmord und sozialer Verstümmelung durch militärischen Drill entscheide.
Ersatzdienst für den Kriegsdienst zu leisten, hieße für mich, die Wehrpflicht und Militär grundsätzlich zu akzeptieren, bzw. nicht öffentlich zu brandmarken. Aber genau das will ich.

Eingeführt wurde die Wehrpflicht im Preußen des 19ten Jahrhunderts und hat in Deutschland lediglich zwei (leider nur kurzfristige) Unterbrechungen aufzuweisen: Den von Außen auferlegten Zwang nach jedem Weltkrieg nicht sofort ein neues Massenmorden inszenieren zu können.
Preußen übernahm die Wehrpflicht damals vom Anschauungsbeispiel der französischen Volksarmee, denn Menschen, deren Verbindung mit der Armee durch familiäre Bande oder eigene Vergangenheit hergestellt ist, akzeptieren sie eher. Soldaten, die wissen wofür sie kämpfen, kämpfen besessener.
Neben angebildeten Kanonenfutter, hatte die Armee dadurch auch die Möglichkeit erhalten, alle ihnen anvertrauten Männer durch Disziplinierung zu formen.

149 Jahre später wurden mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht, 1956 in der BRD, ähnliche Ziele bezweckt: Die Förderung des AkzepTanz von Militär in der Bevölkerung, ein großes antikommunistisches Heer und die Erziehung der Männer.
Heute 2007 ist die Armee akzeptiert und der "Kommunismus" ist besiegt. Übrig bleibt die Erziehung zum Gehorsam bei der Bundeswehr: Die wehrpflichtigen Rekruten kommen zur Kaserne und werden eingekleidet.
Von nun an beschäftigen sie sich mit putzten, salutieren, marschieren, putzen, salutieren und schießen. Unterordnung und Anerkennung der Befehlsstruktur machen diese 9 monatige Zeit der Rekruten aus. Jeder alltägliche Furz ist strukturiert und kontrolliert. Es geht ums Prinzip. Gehorchen. Befehlen. Während dieser Grundausbildung lässt Teamtraining, gemeinsames Aussehen und "Unten-sein" die Rekruten zusammenschweißen. Diese Kameradschaft soll über ihre tägliche Unterordnung hinwegtäuschen bzw. sie erträglich gestalten.
Noch Jahre später schwärmen tausende deutsche Bundis von der großartigen Kameradschaft, nicht aber von dem durchgerasterten Tagesablauf.
Nicht davon, dass der Vorgesetzte 5 Tage die Woche das eigene Leben kontrolliert:
"04:20 Wecken durch den Zugdienst 05:00 Antreten auf dem Flur 05:10 Frühsport 05:20 Antreten vor dem Gelände 05:30 Einlass in die Kantine, bis 05:50 Frühstück einnehmen 06:00 bis 06:40 Stuben- und Revierreinigen 06:50 Empfangen der G36 an der Waffenkammer im Gefechtsanzug 07:00 Marsch zum Truppenübungsplatz 12:00 Verpflegung im Gelände 12:30 Waffenausbildung: Zerlegen und Zusammensetzen der G36 15:00 Abmarsch Richtung Kaserne 15:30 Reinigen der Waffe 16:00 Abgabe der Waffe in der Waffenkammer 16:10 Verpflegungsbereitschaft herstellen 16:20 Antreten Richtung Truppenküche 16:30 Abendbrot bis 16:50 17:00 vorläufiger Dienstschluss 21:00 Stuben und Revierreinigen 21:40 Abnahme der Stuben und Reviere 22:15-22:50 Reinigung des Soldaten 23:00 Zapfenstreich"

...Wie sähe das auch aus, wenn der allmorgentliche Verzicht auf den 2ten Kaffee das Beispiel für die Bundeswehrzeit wäre. Das geht nicht. Das hört sich einfach nur scheiße an.
Aber ganz genau dieser persönliche Verzicht auf eigene Bedürfnisse macht die Zeit der Grundausbildung aus. Die Rekruten lernen dadurch sich und ihre Bedürfnisse hinter die Befehle zu stellen. Tun sie das nicht, gibt es für die Offiziersriege genügend Mittel, Befehlsverweigerungen, Schlüssigund "Respektlosigkeiten" zu bestrafen: bspw. durch Ausgangsbeschränkungen, Geldbuße, Wachdienst am Wochenende, Arrest und nicht in Gesetze gegossene Demütigungen. Das lässt die Wehrpflichtigen wissen: Stärke, Durchhaltevermögen, Pflichtgefühl und Salutieren stehen ganz oben auf dem Einkaufszettel. Faulenzen und Lust am ausgedehnten frühstücken hingegen werden aus dem Einkaufswagen heraus



gelegt. Aber Strafe (oder Angst vor Strafe) allein hält ein System nicht auf lange Zeit aufrecht.
"Jeder Soldat muss wissen und verstehen, wofür er ausgebildet und gegebenenfalls eingesetzt wird. Er soll überzeugt sein, dass sein Auftrag politisch notwendig, militärisch sinnvoll und moralisch begründet ist."

Um geölt zu funktionieren, müssen deutsche Soldaten auch an St. Bundeswehr glauben. Für die Ausstellung seines Heiligenscheins ist im wesentlichen die ideologische Verankerung militärischer Notwendigkeit in der Gesellschaft verantwortlich.
Wörter werden verdreht und Angst vor äußeren "Gefahren" geschürt. Einsätze der Bundeswehr sollen nicht länger Besatzung und Krieg heißen, sondern friedenserhaltende Maßnahmen und internationale Konfliktverhütung sein. Nicht die Menschenbefehler hier sollen die Feinde sein, sondern religiöse Terroristen, Kofferbomber, Selbstmordattentäter, Kinderfresser und Flugzeugentführer, die es auf alles und jedeN der "westlichen Welt" abgesehen haben. Alle sollen sich ständig bedroht fühlen und deswegen den militärischen Schlägen gegen "äußere" Feinde und einer inneren Sicherheitsfanatik wohlwollend gegenüber stehen.

Die Angst muss geschürt und der Krieg muss umgelogen werden, nicht nur um den Glauben der Soldaten ans Gute zu erhalten, sondern auch, um die "eigene" Bevölkerung nicht gegen sich aufzubringen, sich weiterhin Kriegsdienstleistende warmzuhalten und sabotierende Unruhe auszuschließen.
Die Bundeswehr selbst organisiert deswegen Infostände auf Messen, Auftritte in Schulen und Arbeitsämtern und gibt sich so

modern wie möglich, um vom Image der Pickelhaube freizukommen. Die Regierung erwähnt bei jeder neuen Geiselnahme in Afghanistan, sie würde sich von Kriminelllen nicht erpressen lassen, der Einsatz ist gerechtfertigt und deutsche Medien blasen ins gleiche Horn: Freiheit verteidigen, Frieden bringen, Krieg gut.

Momentan wird der Einsatz deutscher Soldaten z.B. in Afghanistan als Aufbauhilfe und Schutzeinsatz angepriesen. Dieselbe Propagandamaschiene kann allerdings auch anders: Bei der Bombardierung Serbiens 1999 durch die NATO wurden Kriegsgrund und -feind so aufgemacht, als sei es ein moralischer Grund gegen persönliche Feinde von Jedermensch. Die Rot-Grüne Regierung malte das Bild von Nazi-Serben an die Wand, die man stoppen müsste, bevor es zu ei-



nem neuen Auschwitz kommen würde. Diese Argumentation der Herrschenden verhinderte größeren Protest oder Widerstand gegen diesen Jugoslawienkrieg.
Hingegen rief die US-Propaganda zum Irakkrieg 2003 auch in Deutschland großen Protest hervor, obwohl auch sie viele Feindbilder zu bieten hatte.
Wenn die eigene Regierung die eigene Sicherheit und Freiheit schützt und aufbaut, ist anscheinend alles anders, dann sind die Lügen der Kriegstreiber auf einmal Wahrheit.
Alle Kriegstreiber aber haben nach wie vor ihre ganz eigenen Interessen und ihre ganz spezielle Moral. Ruinieren sie eine Wirtschaft, ist das schade, aber freier Wettbewerb. Geht es um ihre Wirtschaft, ist das Piraterie gefährlicher Heuschrecken.
Wenn ihnen der Rohstoffzugang verwehrt wird, ist das gemein und ungerecht und klaut ihnen gar jemand die Vormachtstellung, ist das hinterhältiger Diebstahl. Werden sie angegriffen, ist das Terrorismus. Wenn sie Bomben werfen, dann ist das furchtbar, aber gerecht und treffen sie dabei "ZivilistInnen", ist das schrecklich, aber ein unglückliches Versehen.

Wenn sie sich für ihre Kriegsbegründung krumm und schief lügen müssen, ist das egal. Das beschissene ist nur, daß massenhafter Widerstand dagegen solange auf sich warten lässt. Meist solange, bis die Scheiße bereits angerichtet ist. Bis schon tausende gemordet worden sind. Um nicht immer alles erst in Schutt und Asche legen zu lasssen, bevor gehandelt wird, muss es sich bei der Verneinung von Krieg, also um ein radikales Nein gegen jeden Krieg handeln.
Gegen jeden Krieg der von imperialistischen Staaten zum Ausbau der eigenen Machterweiterung geführt wird. Und zu allerst gegen den Krieg des eigenen Landes!

Da es zu spät ist mit der Verweigerung eines Krieges anzufangen, wenn er bereits da ist, gehört die Verweigerung gegen die Grundlagen des Militärs unbedingt dazu: Die Verweigerung von Befehl und Gehorsam in "Friedenszeiten". Grundlagen die permanent in dieser Gesellschaft geschafffen werden. Den Autoritäten so oft wie möglich Nein! zu sagen, ist deshalb eine antimilitaristische Aktion.

"Aus Sicht von Karl-Heinz Scherhag, Präsident der Handwerkskammer Koblenz, stellt die Wehrpflicht die Wirtschaft nicht vor unlösbare Probleme. (...) Aus seiner Sicht profitieren die Unternehmen sogar von den Erfahrungen, die die jungen Männer im Wehrdienst sammeln. "Man hat ihnen Werte und soziale Kompetenz vermittelt", erklärt der Unternehmer, "beispielsweise Verlässlichkeit, Pünktlichkeit und Respekt vor dem Nächsten."

"Die Bundeswehr baut auf dem Prinzip von Befehl und Gehorsam auf: Wie in vielen zivilen Bereichen auch, hat ein Chef "das Sagen"

Schön für Karl-Heinz Scherhag und die zivilen Bereiche, nicht schön für diejenigen, die bei ihnen arbeiten müssen. Aber es bringt das ganze Dilemma aufn Punkt: Im Grunde genommen sind nämlich Alle durch Lohnarbeit und Staat einem ähnlichen Sauhaufen unterworfen wie die Soldaten beim Militär.
Durch Schule, Ausbildung und Arbeit sollen Alle dressiert werden. LehrerInnen, VorarbeiterInnen, Bullen, Chefs und andere Menschenbefehler sagen, wo es langgeht.
Dabei hat sich in der Form der Disziplinierung ein gewaltiger Schritt vom Rohrstock zur Sozialpädagogik vollzogen. Das "neue" Konzept ist die Angst vor der "Gosse" und das Heiligtum deines eigenen "Besten". Es wird dir durch den Mooraal seit der Schule anerzogen:
Sei fleißig und pass auf, sonst kommst du auf die Hauptschule und findest keinen Job! Sei fleißig und pass auf, sonst kriegst du schlechte Noten und kannst dein Studium vergessen und findest keinen Job! Sei fleißig und pass auf, sonst muss ich mir leider eineN andereN ArbeiterIn suchen und du kriegst kein Geld mehr und findest keinen neuen Job! Sei fleißig und pass dich an, sonst kriegst du keine Arbeitslosenunterstütze und kannst verrecken und such dir endlich mal nen Job! Sei ruhig, wenn du nichts hast und find dich damit ab!

Scherst du in der Schule aus, gibt es Gespräche, Verträge, Verweise, Mitleid und Rauswurf, du lernst eben fürs Leben. Bist du ungehorsam, unpünktlich und faul bei der Arbeit wirst du rausgeschmissen, so ist nunmal das Leben. Und hälst du dich nicht an die Gesetzte, kriegst du eins aufs Maul und wirst bestraft, erst mit Geld und dann mit Freiheit.

Aber eigentlich wollen Alle nur dein Bestes. Es ist zum kotzen, daß es immer nur um



dein Bestes geht! Und noch viel zum kotzender ist die Tatsache, daß es einige Körnchen Wahrheit enthält. Wie soll auch Miete, Essen, Klamotten und "Freizeit" bezahlt werden, wenn du zu wenig Kohlen hast?
Es ist nicht einfach locker durchs Leben zu gehen, weil die Gelegenheitsjobs und Arbeiten immer beschissener bezahlt werden und das Arbeitsamt sich immer aufgeblasener anstellt.
Scheiße-viele Menschen kommen nicht mehr mit dem Zahn der Zeit mit, rasten aus, werden depressiv oder knicken vor Überarbeitung zusammen.

"Aber du bist doch frei, du kannst doch wählen wer dich regiert...Jaja, es läuft nicht alles prima, aber schau dir doch mal andere Länder an... "Wir" haben doch alles!"

Kühlschränke und Mikrowellen sind aber nunmal keine Termometer für Freiheit und Lebenslust! Und nur weil andere Länder keine "freien" Wahlen haben, ist dies keine freie Gesellschaft. Wenn es darum geht, stinkt dieses Land!
Wählen geh ich nicht. Aber. Ja, ich hab gern nen Kühlschrank. Er ist sogar wichtig. Aber freier oder glücklicher bin ich wegen ihm nicht. Vielmehr gehen mir all die Institutionen auf den Kecks, die die Freiheit immer enger durch ihre Sicherheitsfantasien einschnüren.

Und mir fehlen die Orte, wo sich Leute begegnen, ohne das vorprogrammiert ist, was geschieht.
Bis auf kleine Randgruppen, die sich als Rudel öffentlich niederlassen, sitzen doch alle anderen an Orten, die für bestimmte Zwecke funktionalisiert sind: Kaffee trinken (an kleinen Tischen, allein oder zu zweit), Burger essen (an kleinen Tischen, allein oder zu zweit), Eis essen (an kleinen Tischen, allein oder zu zweit) und Klamotten kaufen (in großen Geschäften, allein oder zu zweit).
Dabei fehlt es nicht an Orten. Die können jederzeit geschaffen werden. Nur es fehlt an Menschen die sie aufbauen. Wenn du immer Sorgen ums Geld hast und den lieben langen Tag arbeitest, kannst du nicht mal eben tausend FreundeInnen besuchen oder mal eben ein Kulturzentrum aufmachen, auch wenn du dich tierisch nach Kommunikation sehnst und vom Trott das Kotzen kriegst.

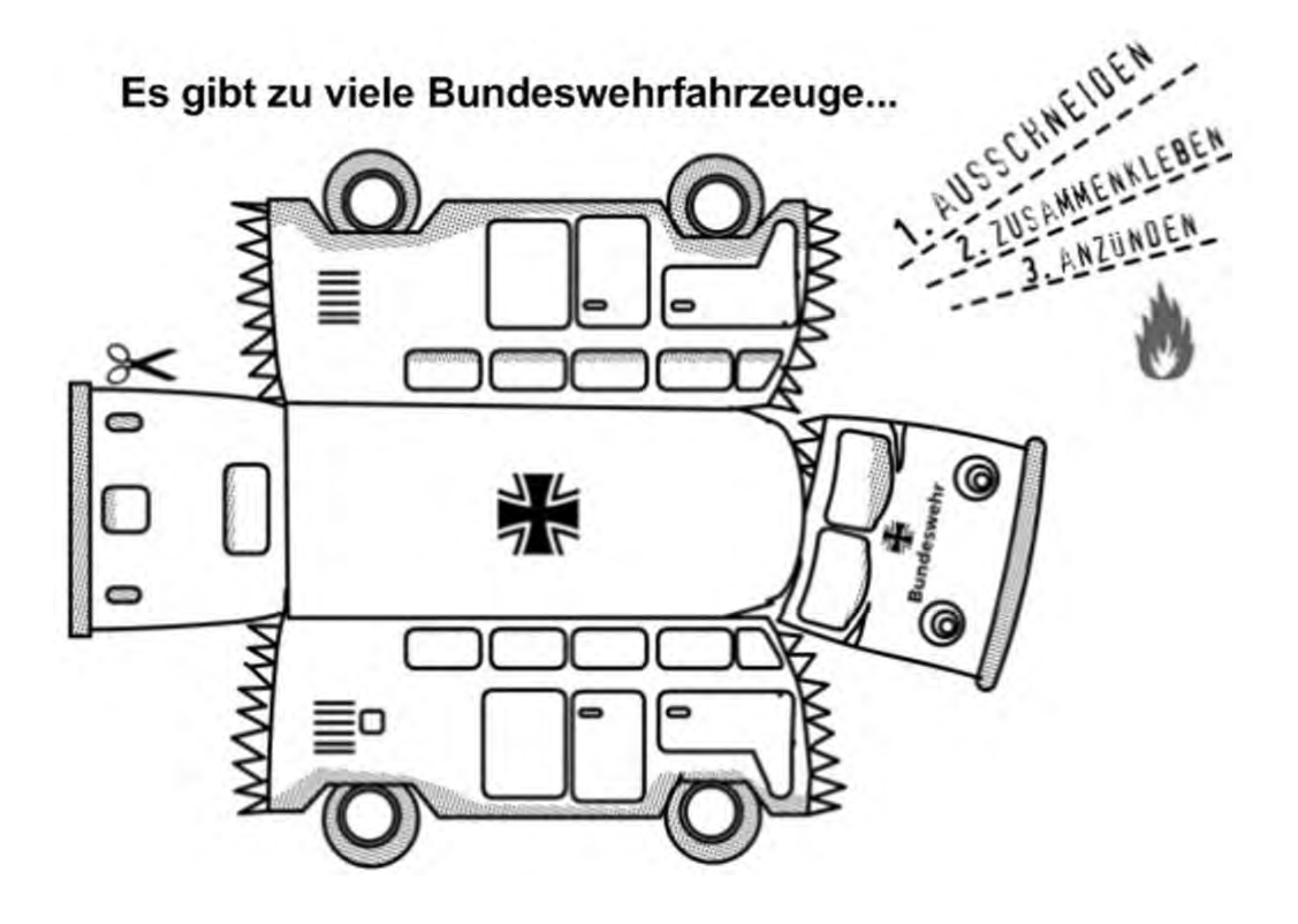
Wenn das Bedürfnis nach Kommunikation aber so laut knurren würde, würden ja Massen ihre Arbeit kündigen, den Generalstreik ausrufen, Stühle in einen Garten ohne Zaun stellen, Sonne tanken, schnakken, streiten, kiffen, und dem Supermarkt das abnehmen, was sie gerade brauchen um Wackelpudding zu machen. Aber so isses ja nicht..

Denn das Bedürfniss nach sozialer Aktivität kann mit Fernsehen, Internet und Konsum einigermaßen aufgefangen werden. Die allmächtige Werbung predigt dazu andauernd und unüberhörbar: "Individuell sein, durchs Shampoo der Freiheit, durchs revolutionäre Auto und die persönliche Rentenversicherung. Kommuniziere mit der ganzen Welt für nur 50 Cent die Minute. Treff all deine Freunde im neuen onlinerealtimecommunicateandflirtchatroom!"
Individualität und Kommunikation müssen gekauft werden. Und um zu kaufen, musst du arbeiten. Wenn du arbeitest, hast du wenig Zeit oder bist platt oder ergibst dich dem Fehrnsehprogramm. Die Unterwerfung unter die Sachzwänge dieser Gesellschaft wird momentan durch Isolierung, permanente Lobhudelung und "Unter-Druck-Setzung" eines kaufsüchtigen Individuums organisiert. Und das heißt FunktionierenFunktionierenFunktionierenKaufen.

"Kann man nix machen!", ist ein oft gehörter Satz. Und Richtig! Wenn sich zuwenig Leute organisieren, allein bleiben und sich nicht zur Wehr setzten, kann man da nix machen. Dann bleibt man traurig-perspektivlos oder wird geiziggeil.
Deswegen sollen sich ja verdammt noch mal mehr Leute organisieren! Und dann...dann schmeißen wir Eure Scheißarbeit hin! Lassen es uns gutgehen und scheißen uns nicht gegenseitig an! Und weil das nur ohne Zwang geht, werden sämtliche Zwangsdienste aufgehoben. Auch und gerade der Zivi. Scheiß Ersatzdienst!

Damit wollte ich nur sagen, daß ich diesen (tarnfarbenden) Haufen Scheiße zum Kotzen finde. Und eigentlich will ich noch viel, viel mehr.

Alle Zitate enstammen der aktuellen Homepage der Bundeswehr.





Gesetzesverschärfungen durch Änderung des Zuwanderungsgesetzes

Ausländerbehörden abschaffen!

Am 6.7.07 wurde das neue Zuwanderungsgesetz vom Bundesrat verabschiedet. Deshalb haben AntirassistInnen in der Nacht zuvor eine Grenze um die Zentrale Ausländerbehörde in Hamburg errichtet. Nebst dem Verschließen sämtlicher Nebeneingänge wurde der Haupteingang durch einen Sicherheitszaun mit Stacheldraht, Kettenschlösser sowie einer festbetonierten Mauer versperrt.

Die Ausländerbehörde in Hamburg war Ziel dieser Aktion, weil sie ausführendes Organ der Gesetze für Menschen nichtdeutscher Abstammung ist. Die Gesetze und Verordnungen werden von ihr bzw. ihren Funktionären so restriktiv wie möglich ausgelegt. Die Freiheits- und Menschenrechte von Flüchtlingen und MigrantInnen werden dadurch systematisch missachtet. Verdächtigungen, Beleidigungen, Schikanen, Psychoterror, bewusste Informationsverweigerung und Falschinformierung, Familientrennungen, "Ältermachen" und Abschiebungen Minderjähriger, Unterstellungen von Scheinehen, Missachtung der Privatsphäre, Ingewahrsamnahmen und Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete gehören zur Tagesordnung.
Durch das neue Zuwanderungsgesetz wird der Behördenspielraum noch deutlich erweitert. Bisher subjektiv einklagbare Rechte werden zur reinen Ermessensache der Behörden (Ausländer-, Grenzbehörden, Bundesamt für Migration): Eine gerichtliche Überprüfung der Beschlüsse ist eingeschränkt und teilweise ganz verboten, z.B. können Personen auf den Verdacht hin, dass ein anderes Land für das Asylverfahren zuständig ist, an der Grenze abgewiesen werden. Dieses sog. Dublin II Verfahren hat bisher schon zu Kettenabschiebungen und Menschenrechtsverletzungen geführt. Der Eilrechtsschutz gegen solche Entscheidungen ist abgeschafft worden. In solchen Fälllen oder im Flughafentransit können Flüchtlinge ohne richterliche Annordnung bis zu 30 Tage inhaftiert werden. Dies stellt eine faktische Abschaffung der Gewaltenteilung für "Ausländer" dar.
Bisher illegal ausgeführte Behördenpraxen wie
-Inhaftierungen durch BehördenmitarbeiterInnen,
-unangekündigte nächtliche Abschiebungen,
-Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit durch das Röntgen der Handwurzelknochen zur Altersfeststellung,
werden durch das Gesetz legalisiert und zum Behördenstandard erhoben. Gleichzeitig wurden mehr Verpflichtungen und höhere Anforderungen für MigrantInnen eingeführt: zwangsverordnete Integrationskurse, Einbürgerungstests, vermehrte Ausweisungsgründe…

Die Änderungen im Aufenthalts-, Asylverfahrens- und Staatsgehörigkeitsgesetz (sowie einigen anderen Gesetzen und Verordnungen) wurden unter dem Mantel der Umsetzung von EU-Richtlinien verabschiedet. Tatsächlich sind die meisten Verschärfungen in den Richtlinien nicht vorgesehen und widersprechen diesen teilweise sogar, ansonsten werden sie nur mangelhaft umgesetzt. Der Geforderte Schutz vor willkürlicher Gewalt und geschlechtsspezifischer Verfolgung, wir in der Deutschen Umsetzung schlicht unterschlagen. Die Residenzpflicht ist mit dem EU-Recht nicht vereinbar, wird aber dennoch beibehalten. Damit ist es Menschen mit einer Duldung oder Aufenthaltsgestattung nicht erlaubt ihren Landkreis zu verlassen. Ein solches Gesetz gibt es nur in Deutschland und existierte hier bereits zur Kolonialzeit und im Dritten Reich.

Diese Gesetze und die rassistische und islamophobe Polemik der Politiker spiegeln hier die vorherrschende Meinung der Gesellschaft wider (vgl. Heitmeyer, Deutsche Zustände 2006:
46 % der Westdeutschen und 60 % der Ostdeutschen sagen, "es leben zu viele Ausländer in Deutschland und diese sollten abgeschoben werden, wenn die Arbeit knapp wird" ein Drittel der Deutschen will ein generelles Einwanderungsverbot für Mus-

lime). Familiennachzug war bisher, wenn Mensch sich über den prinzipiellen Verdacht der Scheinehe hinweggesetzt hat, fast die einzige realistische Möglichkeit eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen. Mit den Gesetzesänderungen wird nun auch dieses Recht weiter ausgehöhlt. Das Nachzugsalter für Ehepartner wurde auf 18 festgelegt und Kenntnisse der deutschen Sprache vor der Einreise (!) vorausgesetzt. Diese zu erlernen ist realistisch nur der großstädtischen Oberschicht möglich. Bei dem Nachzug von Ehepartnern zu Deutschen soll bei "Vorliegen besonderer Umstände" die Gründung der Lebensgemeinschaft auch im Herkunftsland des Ehepartners zumutbar sein, wenn der hier lebende Teil der Lebensgemeinschaft zuvor in dem Herkunftsland des Ehepartners gelebt und gearbeitet hat, also meistens Deutsche mit Migrationshintergrund. Damit wird der Versuch unternommen, deutsche Staatsangehörige zweiter Klasse einzuführen.
Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt aus den menschenverachtenden Gesetzesänderungen. Das sog. neue Bleiberecht ist, wie schon die Regelung durch den Beschluss der Innenministerkonferenz (IMK), absolut unzureichend, um Kettenduldungen zu beenden. Stattdessen sorgt eine lange Liste von Ausschlusskriterien dafür, dass das neue Bleiberecht nur dem wirtschaftlich verwertbaren Teil der Antragsteller gewährt und den Behörden viel Ermessensraum bei der Bearbeitung der Anträge gelassen wird. Der Antragsteller habe bei seiner eigenen Ausreise mitgewirkt, ist ein beliebter Grund, den Antrag abzulehnen.

So ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass von ca. 180.000 "Geduldeten" in Deutschland, von denen über die Hälfte seit 8 Jahren hier leben, bisher lediglich 10.000 die Aufenthaltserlaubnis auf Basis der neuen Regelung (IMK 2006) erhalten haben. Hingegen sind 11.000 Asylberechtigungen 2005 zurückgenommen worden. Die Rücknahme einer bereits erteilten Aufenthaltsgenehmigung wurde mit dem neuen Zuwanderungsgesetz, ebenfalls erleichtert: So kann bei Wegfall des Abschiebehindernisses die Aufenthaltserlaubnis und auch die Niederlassungserlaubnis jederzeit wieder entzogen werden. Die Abschiebung bleibt damit eine immerwährende Bedrohung. Der einzige Ausweg ist immer öfter nur die "Illegalität".

Wir fordern deshalb die Abschaffung aller Grenzen und die Schließung aller Ausländerbehörden und Einrichtungen, die einen vergleichbaren Zweck erfüllen. Wir fordern uneingeschränktes Bleiberecht, gleiches Recht und absolute Bewegungsfreiheit für alle!







Rote Flora im November und Dezember

November

Freitag, 2.11.07
Here to stay
Our Jalloh & Prozesskosten-Soliparty mit: Crucial Vibes, N.E. Styles (Real Thing Productions), Schango Sound, Oliver (Silly Walks)
Einlass: 22:00 Uhr

Samstag, 3.11.07
El Baile
Festival-ähnliche Party auf drei Ebenen zur Unterstützung des Projektes "Sonne für dich", die arme Schulen in Kolumbien unterstützt (http://sonnefuerdich.org) mit: Latin, Balkan, Reggae, Elektro Programm mit u.a..: Wagner Pa (Barcelona), Aeroflot - world wide music cargo (Rodion Levine, Don E.), Dj 13 (Berlin) King Kong sound, Le Fly (live Banmd), Radio Tumbao (Dj Kollektiv), TayronaProject und weitere DJ's.. Kurzfilme von jungen lateinamerikanischen Filmenmachern aus Hamburg.
Einlass: 21.00 Uhr

Sonntag, 04.11.07
Informationsveranstaltung zur Kampagne "Saving Iceland" und dem internationalem Protestcamp im Sommer 2008 auf Island. Wwwsavingiceland.org
Einlass 17.00 Uhr

Montag, 05.11.07
HC-Punk/ Crust-Konzert:
Down to Agony (Zaragoza, ESP; downtoagony.tk) Black Panda (A Coruna, ESP: blackpandakillers.cjb.net)
Einlass: 21:00 Uhr

Freitag, 09.11.07
"Lonely Forest"
Darkpsy, Full'on, Psychedelic Goatrance, Electronica und Progressive auf zwei Ebenen.
Live Acts: Ski-Fi (Mexico), Antagon (Hamburg - Interzone-pa), Bombax (Hamburg - Pi-Production/ Mass Abduction), Kasatka (Hamburg), Complexx (Hamburg - HH-Herrlich).
DJs: Peta Panik (Rathenow - LonelyForestProjekt), Arkadius&Lil'Momo (Goslar - Vertex- Records), Roland 808 (Hamburg - Lonely Forest-Projekt), Frantastic (Hamburg - Freunde der Sonner), Dioptrika (Mexico - LonelyForestProjekt), Trippin Troll (Wilhelmshaven), zoRRo (Wusterwitz -Karumpel Projekt), Mario Lasal (Hamburg), Bolze (Rathenow - Lonely Forest-Projekt), Dr. Glow (Hamburg - LonelyForest-Projekt), Isramon (Hamburg - Freunde der Sonne) Deco Teams: Color of Forest (Lonely-ForestProjekt), Zahaka & Chapatifee (Premnitz), FDS (Freunde der Sonne), FunPlatika (Neumünster), Marc's Mutation Zone (Hamburg) Infos: lonely.forest.oa@googlemail.com
Einlass: 22.00 Uhr

Samstag, 10.11.2007
Elektro und Dub-Step-Party
Soli-Veranstaltung für das Hartboehn-Festival mit Kamikatze präsentiert von: Rotzige Beatz e.V. (http://rotzige-beatz.de)
Einlass: 22:00 Uhr

Freitag, 16.11.07:
Brainstorm
Techno-Tanzveranstaltung
Dj's: Ma-cell (Techno 4 Amnesty / Vorspiel), Patrick Schlender (Alles fliesst), Ronny Pries (Ex-Unit / Rohvormat / Vorspiel), Punisher (Acidwars / Berlin)
Live: AggrAcid (Acidwars / Acidbitch.net); DogmAtech (ATM Records / Brainstorm)
Einlass 22:00 Uhr

Samstag, 17.11.07
Tierrechts_soliparty
Drum 'n Bass, Tierrechtsbands, Diskomukke + Veganer Essenstand.
Einlass: 23:00 Uhr

Samstag, 24.11.07
"Über den Rand"
goldrand antitaiment party
schockende elektronische live-acts treffen auf prickelnde techno/electro-djanes. wir scheißen auf überkandidelte professionalität. Fett und einzigartig soll es sein! Aus dem hinterzimmer auf die bühne! Live: nora düster (goldrand/zürich), der tante renate (audiolith/hamburg), schieres (goldrand/hamburg) Special guests: Djanes: iaac, lime, fine, antiartich. Vjanes: treaz, victoria
Einlass: 23:00 Uhr

Sonntag, 25.11.07:
Konzert:
Narcolaptic (Hardcorepop aus HH; http://wwwnarcolaptic.com), Murdock; Another day of Nothing (www.anotherdayofnothing.de) plus Gastband
Einlass: 19.30 Uhr

Montag, 26.11.07
Konzert:
Daitro (Geschrei/HC; www.daitro.de), Heaven in her arms (www.heaveninherarms.com)
Einlass: 21:00 Uhr

Donnerstag, 29.11.07:
Podiumsveranstaltung:
"30 Jahre Deutscher Herbst - Die radikale Linke und die RAF"
Achtet auf weiter Infos
Einlass: 19.30 Uhr

Dezember

Samstag 1.12.07
Benefitzparty Lesbisch Schwule Filmtage

Samstag 8.12.07
Drum ´n Bass Party (Antifa-Soli)
Einlass: 23.00 Uhr

Samstag 15.12.07
Alles Fliesst Geburtstags-Rave_Gala
(12 Jahre Alles Fliesst)
Einlass: 23.00 Uhr

Samstag, 22.12.07
Shanty Town (Roots & Dub)
Einlass: 23.00 Uhr

Montag, 24.12.07
King Sharas Sound (Roots & Dub)
Einlass: 23.00 Uhr

Regelmässige Termine

Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr); Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr; Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007); Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr